

(A)

(C)

Vizepräsident Wolfgang Thierse:

Ich rufe nunmehr den Tagesordnungspunkt 21 auf:

Vereinbarte Debatte

(B) Entwicklung des Friedensprozesses in Bosnien und Herzegowina (Operation Althea) (D)

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Bundesminister Franz Josef Jung das Wort.

Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister der Verteidigung:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Fast auf den Tag genau vor zehn Jahren, am 14. Dezember 1995, wurde das Dayton-Abkommen unterzeichnet. Seit diesem Zeitpunkt wird die Umsetzung des Friedensabkommens von einer multinationalen Friedenstruppe abgesichert.

Wenn man diese zehn Jahre Revue passieren lässt, ist hier, wie ich meine, eine vom Grundsatz her mehr als positive Entwicklung eingeleitet worden. Ich sage Ihnen ganz offen, dass ich mir in der Zeit, als der Eiserne Vorhang fiel, nicht vorstellen konnte, dass wir mitten in Europa wieder Massenvergewaltigungen und Massenvertreibungen bis hin zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen haben würden. Man kann also froh darüber sein, dass diese Entwicklung zu einer Stabilisierung der Situation im Balkan geführt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Bundesminister Dr. Franz Josef Jung

- (A) Die multinationale Friedenstruppe gewährleistet den Rahmen für den Prozess der politischen Normalisierung und den gesellschaftlichen Wiederaufbau des Landes.

Nach der erfolgreichen Beendigung der unter NATO-Führung stehenden Operation SFOR hat die Europäische Union vor einem Jahr die Verantwortung für den friedenssichernden Einsatz in Bosnien-Herzegowina übernommen. Derzeit sind rund 6 200 Soldaten aus mehr als 30 Nationen, auch aus Nicht-EU-Staaten, bei **EUFOR** eingesetzt. Dazu gehören etwas mehr als 1 000 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr.

Die Operation Althea ist die bislang größte militärische Operation im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Sie ist eine sinnvolle Ergänzung des zivilen Engagements der EU. Es bedarf einer militärischen Komponente. Die Europäische Union hat hier gezeigt, dass sie auch im Hinblick auf die Friedenssicherung im militärischen Bereich umfassend handlungsfähig ist. Das ist im Zusammenhang mit dieser Debatte positiv festzuhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, die Ergebnisse können sich sehen lassen. Auch der Übergang der Verantwortung von der NATO zur EU hat nicht zu einem Sicherheitsvakuum geführt. Althea vermittelt der Bevölkerung in Bosnien-Herzegowina das gleiche Gefühl von Sicherheit wie die vorherigen Operationen IFOR und SFOR unter NATO-Führung. Diese Erfahrung zeigt, dass sich der zivil-militärische Ansatz der EU im Bereich des Krisenmanagements bewährt hat.

(B)

Es ist festzustellen, dass in Bosnien-Herzegowina bis heute große Fortschritte erzielt worden sind. Das Land ist auf seinem Weg zu einem stabilen und lebensfähigen multiethnischen Staat weit vorangekommen. Die Empfehlung der EU-Kommission für den Beginn von Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen ist der jüngste Beweis dafür.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, Sie stimmen mir zu, wenn ich sage, dass mit der Entscheidung für den neuen Repräsentanten in Person unseres ehemaligen Kollegen **Dr. Christian Schwarz-Schilling** eine gute Entscheidung getroffen worden ist, die diesen Prozess positiv unterstützt.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auch die Einigung der bosnischen Teilrepubliken und des Zentralparlamentes auf gesamtbosnische Verteidigungsstrukturen ist ein Meilenstein auf dem Weg des Landes in die euroatlantischen Strukturen. Dort rechnet man mit einer baldigen Einladung zum Partnership-for-Peace-Programm der NATO.

Ich habe meinem bosnischen Amtskollegen bei seinem Besuch vor zwei Wochen in Berlin deutlich gemacht, dass Bosnien-Herzegowina den Prozess seiner **Westintegration** ein Stück weit selbst bestimmt. Denn vom Erfolg der Fortschritte bei der Stabilisierung und

der Sicherung im eigenen Land – wichtig ist zum Beispiel die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof – wird es abhängen, wie schnell man sich bezüglich der Westintegration die Hand reichen kann. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es kommt darauf an, die eingeleiteten Reformen positiv weiterzuentwickeln. Die bisherige positive Entwicklung wäre aber ohne die Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft und die militärische Absicherung des Friedensprozesses nicht möglich gewesen. Deshalb möchte ich bei dieser Gelegenheit all unseren **Soldatinnen und Soldaten**, die dort im Einsatz waren und noch sind, herzlich für ihren Einsatz für die Friedenssicherung und die Stabilisierung dieses Landes danken. Sie leisten einen großartigen Beitrag, der Anerkennung findet. Deshalb möchte ich ihnen von hier aus meinen Dank aussprechen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Fortsetzung des begonnenen Prozesses bleibt die Unterstützung durch die internationale Staatengemeinschaft und die Fortführung der militärischen Sicherheitspräsenz weiterhin notwendig; denn trotz der erzielten Erfolge gibt es derzeit noch keine dauerhafte, sich selbst tragende Stabilität in Bosnien-Herzegowina. Auch aus diesem Grund müssen wir dort weiterhin unseren **Beitrag** leisten.

Wir können aber zuversichtlich sein, dass sich bei einer weiterhin positiven Entwicklung des Landes mittelfristig Perspektiven für die Reduzierung der internationalen Streitkräftepräsenz ergeben. Derzeit ist es aber noch notwendig – so wurde es auch gemeinsam vereinbart –, dass wir dort unseren Beitrag leisten. (D)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Deutschland handelt in Solidarität mit seinen Verbündeten und Partnern auf der Grundlage der Beschlüsse des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Deshalb ist unser Engagement in Bosnien-Herzegowina weiterhin notwendig. Es dient der Sicherheit und dem Wohl der Menschen dort, aber es dient letztlich auch der Sicherheit unseres eigenen Landes und entspricht unserer Verantwortung in den Vereinten Nationen. Deshalb halte ich es weiterhin für notwendig, dass wir dort unseren Beitrag leisten. Ich bitte daher um die weitere Unterstützung des Parlamentes für die friedenssichernden Maßnahmen.

Besten Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Vizepräsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Rainer Stinner, FDP-Fraktion.

Dr. Rainer Stinner (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach meinem Dafürhalten

Dr. Rainer Stinner

- (A) ist der militärische Einsatz, auch der Einsatz der Bundeswehr, in Bosnien-Herzegowina über die Zeit hinweg ohne jeden Zweifel ein großer Erfolg gewesen. Es ist ein großer Erfolg für das Land Bosnien-Herzegowina, weil in der Tat ausschließlich durch den Schutz der internationalen Truppen gewährleistet wurde, dass sich überhaupt ein gesellschaftlicher und politischer Prozess entwickeln konnte. Das ist ein weiteres Beispiel dafür, dass Militär friedenserhaltend und friedenssichernd eingesetzt werden kann.

Es ist aber auch ein Erfolg für Europa. Europa hat sich hier erstmals selbst und der Welt gezeigt, dass es in der Lage ist, ein größeres militärisches Engagement in Eigenverantwortung durchzuführen. Wir erinnern uns daran, dass wir alle durchaus Bedenken hatten, ob SFOR wirklich abgelöst werden kann. Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass es möglich ist. Das ist ein weiterer Schritt zu einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik; und das ist gut so.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Deutsche Soldaten haben bei diesem Prozess eine große Rolle gespielt. Wir stellen nach wie vor mit über 1 000 Soldaten ein großes Truppenkontingent. Ich glaube – Herr Minister Sie haben es angesprochen –, wir alle können stolz darauf sein, dass und wie unsere **Soldaten** auch in diesem Falle Dienst leisten für den Frieden, für die Friedenserhaltung. Wir sind stolz darauf und bedanken uns bei den Soldaten für ihren Einsatz.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Am 25. November, an einem symbolischen Tag, hat die Europäische Union beschlossen, den Prozess der Verhandlung über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Bosnien-Herzegowina anzugehen – ein wichtiger Schritt auf dem gemeinsam verabredeten Weg nach Europa. Wir alle wissen, dass die Europäische Union im Jahre 2003 in Thessaloniki ein sehr starkes politisches Signal für diese Richtung gegeben hat. Das SAA ist hier sicherlich ein ganz wichtiger Schritt.

Wir müssen zehn Jahre nach Dayton erkennen: Jawohl, es gibt eine ganze Menge an Erfolgen. Mit der Mehrwertsteuer gibt es ab dem 1. Januar 2006 erstmals – längst überfällig – zentrale Steuern. Es gibt eine Polizeireform. Das Zollregime wurde vereinheitlicht. Das alles sind Schritte in die richtige Richtung.

Auch ich bin froh – genau wie es der Herr Minister gesagt hat –, dass wir mit Herrn **Schwarz-Schilling** einen neuen Hohen Repräsentanten haben, der tatsächlich wie kein Zweiter für dieses Amt geeignet ist;

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der CDU/CSU und der SPD)

denn unser ehemaliger Kollege Schwarz-Schilling bringt Eigenschaften mit, die gerade jetzt in diesem Lande dringend notwendig sind. Durch seine jahrelange Tätigkeit als Streitschlichter bringt er die Fähigkeit zum Kompromiss, zum Ausgleich und zu Verhandlungen mit. Genau das ist in Bosnien-Herzegowina in den kommenden Monaten und Jahren wichtig. In Richtung auf dieses

- Land und auf die Politiker dort sage ich: Das ist auch wichtig für die politische Klasse in diesem Land. (C)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Europäische Union versteht sich als Gemeinschaft guter Nachbarn. Ich erwarte – wir alle sollten das erwarten – von Ländern, die zu uns kommen wollen, dass auch sie dieses europäische Konzept verstehen und leben wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir sagen deutlich: Jawohl, ihr könnt zu uns kommen, aber nur dann, wenn ihr diese europäischen Werte verinnerlicht und sie auch auf euch anwendet. Es ist wichtig, dass wir dies sehr deutlich sagen. Ich halte es für unzutraglich für Europa, dass wir Länder zu uns holen, die nicht in der Lage und willens sind, ihre eigenen ethnischen, regionalen und nationalen Konflikte vorher zu lösen. Wir helfen ihnen dabei, aber die Konflikte müssen vorher gelöst sein und es müssen vorher gute Nachbarschaftsbeziehungen zu allen in der Region hergestellt worden sein.

Der nächste Schritt ist nun die **Verfassung**, von allen angefordert und ein sehr wichtiger Prozess für das Land Bosnien-Herzegowina. Ohne vorgreifen zu wollen: Es ist sicherlich richtig, dass wir vom Verfassungsprozess zwei Dinge auf jeden Fall erwarten, nämlich erstens eine deutliche Stärkung des Zentralstaates und zweitens eine deutliche Vereinfachung der staatlichen Strukturen. Wir alle wissen, dass durch die dysfunktionalen Strukturen – um diesen Terminus technicus einzuführen – sehr viele Mittel und sehr viel Energie aufgewendet werden, was nicht gerade zur Entwicklung des Landes beiträgt. (D)

In diesem Zusammenhang werden von uns immer die Begriffe „**Eigenverantwortung**“ und „**Ownership**“ – sehr richtige, sehr wichtige Begriffe – im Mund geführt. Ich frage mich aber, ob wir diesen Begrifflichkeiten auch Taten folgen lassen. Da möchte ich insbesondere auf die immer noch bestehenden Kompetenzen des obersten Repräsentanten eingehen, und zwar insbesondere auf die Bonn Powers, die im Jahre 1997 eingeführt worden sind. Sie waren sicherlich am Anfang sinnvoll, aber seitdem sind acht Jahre vergangen. Für mich ist es völlig unverständlich, wie wir einen Verfassungsprozess beginnen und durchführen wollen, ohne uns vorher – ich betone ausdrücklich, liebe Kolleginnen und Kollegen: vorher – über die Abschaffung der Bonn Powers einig geworden zu sein.

Wir wollen einen Verfassungsprozess. Wir wollen Ownership. Wir wollen eine Inangriffnahme der Verfassung durch Bürger und Politiker dieses Landes. Wie können wir dann zulassen, dass, wenn eine Verfassung verabschiedet ist, immer noch ein internationales Gremium existiert, das uneingeschränkte Kompetenzen hat? Deshalb sage ich: Bonn Powers am Anfang ja, aber jetzt ist es hohe Zeit, die Bonn Powers abzuschaffen, und zwar bevor die Verfassung endgültig verabschiedet ist. Es zeugt meines Erachtens von einem unglaublichen Verfassungsverständnis, wenn wir dem Volk sagen: Jawohl, verabschiedet eure Verfassung, aber am Ende des

Dr. Rainer Stinner

- (A) Tages gibt es den Hohen Repräsentanten, der mit uneingeschränkten Bonn Powers handeln kann.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat meine Fraktion, haben wir als FDP einen entsprechenden Antrag eingebracht, den wir jetzt behandeln werden. Ich möchte Sie ganz herzlich bitten, mit uns diesen Weg zu gehen, damit wir gemeinsam dafür sorgen, dass dieses geschundene Land den Weg nach Europa in Frieden, Freiheit und positiver gesellschaftlicher Entwicklung finden kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort dem Staatsminister Gernot Erler.

Gernot Erler, Staatsminister im Auswärtigen Amt:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor zehn Jahren beendete das Friedensabkommen von Dayton den blutigsten und verlustreichsten der vier Balkankriege der 90er-Jahre. In der Tat: Am 21. November dieses Jahres, genau am zehnten Jahrestag der Unterzeichnung des Dayton-Abkommens, hat die EU die Verhandlungen über ein **Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen** mit Bosnien-Herzegowina aufgenommen und damit, was den Prozess der Integration dieses Landes in Europa betrifft, ein neues Kapitel aufgeschlagen.

- (B) Zwischen der Tragödie des Krieges, der von 1992 bis 1995 andauerte, und heute liegen zehn Jahre intensivsten Engagements der internationalen Gemeinschaft: für einen Friedensprozess und ein Nation Building, das es in diesem Umfang bisher noch nicht gegeben hat. Dieser Prozess erforderte den Einsatz von vielen Soldaten, Polizisten, Helfern, Experten und auch von sehr viel Geld. Dieser Einsatz hat sich gelohnt. Ich habe erfreut zur Kenntnis genommen, dass der regionalkundige Kollege Dr. Stinner das genauso sieht.

Für die Menschen in Bosnien-Herzegowina ist der Krieg heute eine schlimme Erinnerung. Das Land selbst ist weitgehend stabil. Zieht man eine politische Zwischenbilanz, wird man auf Licht und Schatten stoßen; aber allmählich überwiegt das Licht. Die Mehrheit der Flüchtlinge ist zurückgekehrt und das, was im Krieg an Gut, Boden und Häusern requiriert worden war, wurde zurückgegeben.

Leider hat sich die Mehrheit der Binnenflüchtlinge nicht dazu entschließen können, in die ehemaligen Siedlungsorte zurückzukehren. Aber bei der Demokratisierung gibt es erhebliche Fortschritte. Heute sind freie und faire Wahlen in Bosnien-Herzegowina an der Tagesordnung. Der Gesamtstaat mit seinen beiden unterschiedlichen Entitäten – auf der einen Seite die Serbische Republik, auf der anderen Seite die Bosnisch-Kroatische Föderation – wächst Schritt für Schritt zusammen. Eingeleitet ist zum Beispiel die Bildung einer gesamtstaatlichen Armee mit einem gemeinsamen Verteidigungs-

ministerium. Dasselbe ist auch für die Polizei geplant. Es gibt schon eine funktionierende gemeinsame Grenzpolizei, ein oberstes Gericht, eine Staatsanwaltschaft und eine Steuerbehörde. Was aber noch fehlt, ist die Identifizierung aller Bürger mit ihrem gemeinsamen Staat. (C)

Als habe die schwierige Wegstrecke die Menschen erschöpft, engagieren sie sich nur zögerlich in Politik und Gesellschaft. Gesellschaftliches Engagement ist im jetzt beginnenden Verfassungsprozess aber notwendig. Wahrscheinlich muss es noch einige Fortschritte in der Wirtschaftsstruktur und der Wirtschaftsentwicklung geben, bis die Bosnier Vertrauen in ihre eigene Zukunft schöpfen. Noch bleibt, Herr Kollege Stinner, die ordnende Hand des Hohen Repräsentanten der internationalen Staatengemeinschaft vor Ort unverzichtbar. **Lord Paddy Ashdown** hat dieses Amt, das er im Mai 2002 angetreten hat, bis heute mit hoher Autorität, geradezu mit Leidenschaft wahrgenommen. Ich finde, der Deutsche Bundestag hat allen Anlass, ihm dafür herzlich zu danken.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor zwei Tagen, am 14. Dezember 2005, hat der Dayton-Implementierungsrat beschlossen, unseren früheren Kollegen und ehemaligen Bundesminister **Dr. Christian Schwarz-Schilling**, der als Mediator und Streitschlichter viel Erfahrung in exakt diesem Land hat, zu seinem Nachfolger zu ernennen. Dazu gratulieren wir ihm herzlich. Diese Ernennung drückt die Anerkennung seiner Arbeit aus, aber auch ein wenig die Anerkennung und den Respekt für das, was Deutschland in diesem Friedens- und Stabilisierungsprozess geleistet hat. (D)

Althea ist in diesem Kontext tatsächlich ein sehr wichtiger Teil, aber nicht der einzige. Deutschland hat im Rahmen von Projekten zur Flüchtlingsrückkehr, zur Demokratisierung, zur Medienhilfe und zur Wirtschaftsförderung mehr als 100 Millionen Euro beigesteuert. Darüber hinaus stellt Deutschland das größte Truppenkontingent, nämlich annähernd 1 000 der bei Althea eingesetzten 6 200 Soldaten.

Nirgendwo kann man die **ESVP, die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik**, besser als in Bosnien-Herzegowina in der Praxis beobachten, und zwar sowohl ihren zivilen als auch ihren militärischen Teil. Auf den EU-Gipfeln in Köln und Helsinki im Jahre 1999, also unmittelbar nach dem Kosovokrieg, wurde die Bildung europäischer Fähigkeiten beschlossen, die jetzt und auch in Zukunft in Bosnien zum Einsatz kommen. Mit der EUPM, der europäischen Polizeimission, hat es 2003 begonnen. Noch heute versuchen 170 Polizeiberater, eine eigene, wirksame Polizei in Bosnien-Herzegowina auszubilden. Mit Althea ist es weitergegangen, diesem in der Tat umfangreichsten europäischen Beitrag zur Friedenskonsolidierung. Wie Bundesminister Jung schon gesagt hat: Hier ist der Übergang von der NATO zur EU und auch die Zusammenarbeit gut verlaufen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der weitere Weg Bosnien-Herzegowinas ist vorgezeichnet. Wir wollen, dass das Land mehr und

Staatsminister Gernot Erler

- (A) mehr **Eigenverantwortung** übernimmt. Dabei werden die für Oktober nächsten Jahres vorgesehenen Wahlen eine wichtige Rolle spielen, sie werden einen Meilenstein darstellen. Herr Kollege Dr. Stinner, wenn der demokratische Transformations- und Stabilisierungsprozess in Bosnien-Herzegowina bis Ende 2006 ausreichende Fortschritte gemacht haben wird, dann soll die Eigenverantwortung deutlich ausgeweitet werden,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

auch dadurch, dass dann der Hohe Repräsentant einem Sonderbeauftragten der EU – den werden wir weiter brauchen – weichen kann, der aber, so viel ist klar, verringerte Einwirkungsrechte auf die bosnische Politik haben wird; ich glaube, in diesem Punkt liegen wir nicht weit auseinander.

Entscheidend für eine gute Zukunft des Landes wird aber auch sein, dass die EU bei ihrer Westbalkanpolitik bleibt, wie sie auf dem Europäischen Rat von Thessaloniki formuliert und beschlossen worden ist: die EU-Perspektive für Bosnien-Herzegowina und die Westbalkanregion muss eindeutig bestehen bleiben. Gerade ist, wie gesagt, mit der Aufnahme von Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen ein neues Kapitel eröffnet worden. Ich will an dieser Stelle noch einmal festhalten: Die neue Bundesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag vom 11. November 2005 eindeutig zur Aufrechterhaltung der europäischen Perspektive für die Westbalkanstaaten – auch aus friedenspolitischen Gründen – entschlossen. Wir werden bei diesem Prozess ein guter Partner sein.

(B)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Norman Paech, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Norman Paech (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die wenigen Wochen, die wir uns jetzt im neuen Bundestag mit der Außenpolitik beschäftigt haben, sind ganz vom Militär und vom Geheimdienst bestimmt worden. Sie kennen ja nun allmählich unsere Allergie gegen diese Themen,

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Bei Allergien helfen Histaminmittel!)

sodass es Sie nicht überrascht haben wird, dass wir auch den Abzug der deutschen Truppen aus Bosnien und Herzegowina fordern.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir halten Militärmissionen zur Befriedung und zum Aufbau eines Staates trotz dessen, was Herr Erler und Herr Stinner hier an Erfolgen der bisherigen Missionen genannt haben, für überhaupt nicht mehr zeitgemäß.

(Beifall bei der LINKEN)

(C)

Als vor zwölf Monaten die SFOR-Mission durch die Operation Althea abgelöst wurde, hat man nicht etwa ein neues Kapitel aufgeschlagen, sondern man vertraute bei der Stabilisierung eines Staates immer noch auf den militärischen Weg. Damals hat die Bundesregierung Althea als sozusagen **erste Militärmission der EU** gefeiert. Schon damals konnten wir nicht mitfeiern. Denn Bundesregierung und Bundestag haben eines überhaupt nicht berücksichtigt.

(Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Herr Paech, vielleicht geht es nicht um Sie, sondern um die Menschen dort! – Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

– Ja, genau darum geht es; darauf werde ich eingehen. – Die wirtschaftliche und soziale Situation der Mehrheit der Bevölkerung ist nach wie vor äußerst miserabel. Bosnien-Herzegowina ist immer noch, trotz aller Erfolge, weit von dem entfernt, was wir ein friedliches und demokratisches Land nennen können. Doch in einer Hinsicht hat sich die Lage in Bosnien-Herzegowina seit dem Daytoner Friedensabkommen von 1995 in der Tat entscheidend verändert: Gefahr für den Friedensprozess geht heute nicht mehr von militärischen Konfrontationen und bewaffneten Strukturen aus. Im Rahmen des Althea-Mandats wurde die Bundeswehr aber noch damit beauftragt – ich zitiere –,

die ehemaligen Kriegsgegner und andere bewaffnete Gruppen von der Aufnahme erneuter Feindseligkeiten und Gewalttaten

(D)

abzuschrecken. Es geht aber nicht mehr um die Trennung solcher bewaffneter Kriegsparteien. Das Althea-Mandat hat nichts mehr mit dem zu tun, was das Land braucht.

Die Sicherheit der Menschen dort ist zuallererst durch das gefährdet, was wir als mafiöse Strukturen und **organisiertes Verbrechen** bezeichnen: Zwangsprostitution, Menschen-, Drogen- und Waffenhandel. Das sind die realen Gefahren, die die Menschenrechte und die demokratische Entwicklung in diesem Land heute bedrohen.

Diese Probleme lassen sich aber nicht durch Militärpräsenz lösen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben während der Feiern zum 10. Jahrestag das durch die Straßen Sarajewos flanierende Militär gesehen. Das hat nichts mehr damit zu tun, dieses Land zu stabilisieren. Das Militär gerät höchstens selber in die Gefahr, in diesem mafiösen Sumpf mit zu versinken. Man braucht andere Waffen als Panzer.

Das organisierte Verbrechen ist immer so stark, wie die zivile Gesellschaft schwach und die wirtschaftliche Lage katastrophal ist; denn dann sind auch die staatlichen Institutionen schwach. Das ist das Problem Bosnien-Herzegowinas. Die katastrophale wirtschaftliche und soziale Situation in diesem Land schürt Konflikte, die dann immer wieder ausbrechen. Diese werden – das sei nur nebenbei bemerkt – nicht durch die liberalen

Dr. Norman Paech

- (A) Konzepte von Deregulierung, Privatisierung und Entstaatlichung behoben, wie sie die EU aktuell vorschlägt.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Einschätzung der Situation entspricht übrigens den Analysen renommierter internationaler Organisationen wie auch der Lageeinschätzung des Bundesverteidigungsministeriums. Das Internationale Institut für Strategische Studien in London hat Bosnien bereits aus seiner Armed Conflict Database herausgenommen.

Was die Situation in Bosnien-Herzegowina wirklich so instabil macht, ist die Tatsache, dass die staatlichen Institutionen weitgehend zerstört oder geschwächt sind. Deshalb ist es notwendig – darauf haben Sie sehr richtig hingewiesen, Herr Stinner –, dass die staatlichen Institutionen für eine absehbare Übergangszeit von außen gestützt und ergänzt werden.

(Klaus Uwe Benneter [SPD]: Ja und wie?)

Dafür ist das Militär vollkommen ungeeignet.

Wir schlagen deshalb vor, mit dem eingesparten Geld eine **internationale Polizeimission** aufzubauen, eine Mission mit weit gehenden kriminalpolizeilichen Befugnissen, die – das steht im Gegensatz zu den unlängst geäußerten Überlegungen des damaligen Verteidigungsministers Struck – außerhalb militärischer Strukturen organisiert ist. Es ist doch vollkommen absurd: Wir senden ein paar Polizisten nach Bosnien, die nicht einmal Dienstpistolen tragen dürfen und nicht in die korrupten Strukturen der bosnischen Polizei eingreifen dürfen.

(B) Gleichzeitig fordert uns die Bundesregierung auf, der Stationierung einer völlig überrüsteten militärischen Truppe zuzustimmen.

Vizepräsident Wolfgang Thierse:

Kollege Paech, Sie müssen bitte zum Ende kommen.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE):

Ich komme zum Ende.

Bosnien-Herzegowina ist nicht mehr irgendein Hort des Terrors. Dort ist nicht mehr das Heim von Bin Laden und al-Qaida. Herr Minister Jung, Sie haben am 27. November im „Deutschlandfunk“ gefordert, dass die Bundeswehr nicht

für Maßnahmen eingesetzt wird, für die sie gerade nicht ausgebildet ist.

Im Fall Bosnien-Herzegowinas sollten Sie Ihre Überlegungen wahr machen.

Gestatten Sie mir – –

Vizepräsident Wolfgang Thierse:

Nein, ich gestatte es nicht. Kommen Sie bitte sofort zum Ende. Sie haben Ihre Redezeit weit überschritten.

Dr. Norman Paech (DIE LINKE):

Dann sage ich nur noch: Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen. Es ist unser Credo und wird es immer

sein, internationale Konflikte nicht durch Militär zu lösen. (C)

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg.

Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Paech, bei allem Respekt: Sie haben nahtlos an die außenpolitische Talfahrt von heute Morgen angeschlossen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Das darf an dieser Stelle einmal gesagt werden. Leider schmückt die Kollegin Eid bereits ihren Christbaum; sonst hätte ich ihr meine Redezeit übertragen, weil man vieles von heute Morgen in diesen Beitrag hätte einbauen können. Es wäre aber vergebene Liebesmüh.

Bevor ich den Blick auf Bosnien-Herzegowina richte, möchte ich noch einen Blick über die Grenze hinaus werfen. In diesen Tagen diskutieren wir darüber, ob **Mazedonien der Status eines Beitrittskandidaten** verliehen werden soll und kann. Die CDU/CSU würde diesen Schritt gerade auch vor dem Hintergrund der stabilisierenden Wirkung der Anreize, die damit entfaltet würden, begrüßen. Es erscheint uns allerdings auch wichtig, dass mit einem solchen Schritt kein starres Datum verbunden wird und dass die Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union vielleicht unter der österreichischen Ratspräsidentschaft im nächsten Jahr noch einmal einer wirklichen Debatte im Gesamtkontext unterzogen wird. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die EU hat mit Althea vor einem Jahr noch einmal ein deutliches Zeichen dafür gesetzt, dass man mehr Verantwortung auf dem Balkan übernehmen will; Herr Staatsminister Erler, Sie haben es angesprochen. Herr Staatsminister Erler, Sie haben auch angedeutet, dass das tatsächlich Ausdruck eines gelungenen Zusammenwirkens der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und der NATO ist, deren Verhältnis nicht immer leicht und spannungsfrei ist. Das zeigt, dass dieses Verhältnis auch zielführend ausgestaltet und auf Komplementarität aufgebaut werden kann. Von daher glaube ich, dass man sagen kann, dass hier ein gelungenes Beispiel für eine notwendige Sicherheitsstruktur geschaffen worden ist.

Gerade in Zeiten, in denen das transatlantische Verhältnis wie derzeit einmal mehr in der Diskussion steht, darf man sich auch noch einmal Folgendes in Erinnerung rufen: Ohne die Sicherheitspräsenz der transatlantischen Allianz und damit auch der Vereinigten Staaten hätte Bosnien-Herzegowina nicht aus den Schreckensszenarien entkommen können. Von daher sollten wir diesen Bezug immer wieder herstellen. Auch angesichts dessen,

Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg

- (A) was wir gerade vonseiten der Linkspartei zur Gesamtstruktur hören durften, verdient dieser Ansatz sicherlich auch eine gewisse Dankbarkeit.

Wir haben heute bereits die besondere Verantwortung der Europäischen Union hervorgehoben. Dieses Haus hat auch eine besondere Verantwortung gegenüber unseren Soldaten, denen ich vonseiten der CDU/CSU noch einmal herzlich danken will. Dies gilt auch für die zivilen Kräfte, die vor Ort sind. Sie leisten eine großartige Arbeit für uns. Von unserer Seite noch einmal herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kann allerdings auch nicht oft genug darauf hingewiesen werden – das haben wir in den vergangenen Jahren deshalb immer wieder getan –, dass der Verdienst unserer Soldaten vor Ort nicht politikersetzend ist. In diesem Gesamtkontext haben wir auf Fortschritte hingewiesen und die Probleme immer wieder hervorgehoben. Es ist richtig: Zehn Jahren nach Dayton ist ein positives Fazit zu ziehen. Nach vielen kleinen Schritten, die gegangen wurden, wird eine Gesamtstruktur erkennbar, die insgesamt erfreulich ist.

Es scheint sich langsam eine Schwelle aufzutun. Ausgehend vom Krisenmanagement kommt man jetzt über einen gesellschaftlichen Bereich, der sich in einer Phase des Postkonflikts befindet, langsam dazu, vom **Aufbau einer staatlichen Struktur** sprechen zu können. Das ist einmal ein erfreulicher Tatbestand, den man in diesem Kontext nennen sollte.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Gerade im Jahr 2005, das Jahr, auf das wir jetzt zurückblicken dürfen, gab es einige sehr erfreuliche und sehr positive Entwicklungen. Es wurde eine Reform der Armee auf den Weg gebracht und es gibt gerade im gesamtstaatlichen Kontext – die Schwierigkeiten dort müssen wir sehen – bemerkenswerte Reformansätze im Hinblick auf die Polizei. Im Justizbereich gibt es ebenfalls entsprechende Fortschritte. Selbst im Bereich der Steuergesetzgebung sind einige Ansätze erkennbar, etwa bei der Mehrwertsteuer. Dieses Thema ist uns ja nicht gänzlich fremd.

Der entscheidende Ansatz aber – das wurde immer wieder benannt – ist die **europäische Perspektive**. Das muss mit aller Nüchternheit und Klarheit angesprochen werden. Es kann aber nicht allein auf die europäische Perspektive ankommen. Das ist nicht das allein entscheidende Merkmal. Wir müssen gerade auch die politischen Verantwortungsträger vor Ort in Bosnien-Herzegowina immer wieder darauf hinweisen, was Eigenverantwortung eigentlich heißt und was ein wirkliches Engagement bedeutet. Es muss zu einer entsprechenden Dynamik in der Sache kommen. Das dürfen wir von unserer Seite vehement einfordern. Sich nur auf die europäische Perspektive zu berufen wäre in diesem Gesamtzusammenhang etwas dünn.

Dem **Hohen Repräsentanten** – Herr Kollege Stinner, Sie haben es angesprochen – wächst hierbei eine besondere Rolle zu. Auch die CDU/CSU-Fraktion begrüßt mit

Nachdruck die Berufung von Christian Schwarz-Schilling. Wir bezeichnen die Ernennung angesichts seiner Erfahrung, die er in diesem Bereich gesammelt hat, als Glücksfall. Herr Bundesverteidigungsminister, Hessen hat nicht nur einen Jung, sondern Hessen hält offensichtlich auch jung, wie man an Christian Schwarz-Schilling mit seiner ewigen Jugend sehen kann. Wir freuen uns über seine Berufung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bei allen Fortschritten, die wir heute sehen, dürfen wir die Augen nicht vor den Problemfeldern verschließen, die in Bosnien-Herzegowina weiter existieren. Eines davon sind sicherlich die organisierte Kriminalität und gewisse nationalistische Ausprägungen, die weiterhin gegeben sind. Das gilt auch für das immer noch sehr unglückliche Wechselspiel zwischen Gesamtstaat und den Entitäten, die wir antreffen. Daher ist der **Verfassungsgebungsprozess**, den Kollege Stinner noch einmal hervorgehoben hat, von essenzieller Bedeutung.

Diesen Prozess müssen wir allerdings auf eine lokale Ebene herunterholen, damit das Verständnis in der Breite der Bevölkerung im Hinblick auf diesen Verfassungsgebungsprozess wächst und damit sich etwas aufbaut, woran es in vielerlei Hinsicht noch fehlt: eine Identifikation mit dem Gesamtstaat. Die Idee des Gesamtstaates muss sich letztlich in der Breite durchsetzen und darstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das Engagement der Europäischen Union, der Einsatz unserer Soldaten, aber eben nicht zuletzt der spürbare Wille der Bevölkerung vor Ort werden der Maßstab sein, der Bosnien-Herzegowina eine Zukunft in den europäischen Netzwerken mit den jeweiligen Perspektiven gewährleistet. Dieser Maßstab ist für uns alle wichtig. Für ihn sollten wir uns mit aller Kraft einsetzen.

Gesegnete Weihnachten! Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Vizepräsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegin Marieluise Beck, Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen.

Marieluise Beck (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte gerne von diesem Platz dem Kollegen Schwarz-Schilling alles Gute und viel Kraft wünschen. Es gibt kaum jemanden, der wie er dazu berufen ist, dieses Amt für die nächsten Jahre auszufüllen. Er hat mit einer Herzenswärme und mit einer Beharrlichkeit viele Jahre lang, als Europa nicht den Mut hatte, sich den Morden einig entgegenzustellen, für die Intervention in Bosnien gestritten. Er ist wirklich der Richtige, um vielleicht das Land an den Punkt zu führen, an dem es eines solchen Amtes nicht mehr bedarf.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Marieluise Beck (Bremen)

- (A) Hier ist von der Linkspartei schlichtweg in Verken-
nung der Realitäten in Bosnien so getan worden, als ob
auf Militär verzichtet werden könnte. Was es für eine
Katastrophe bedeutet hat, dass viel zu lange nicht gese-
hen worden ist, dass es aus humanitären Gründen not-
wendig gewesen wäre, Militär einzusetzen, wissen wir
alle. Das haben wir erleben müssen, bis dem endlich
1995 nach dem Massaker von Srebrenica durch ein ent-
schiedenes militärisches Eingreifen ein Ende gesetzt
worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/
DIE GRÜNEN und der CDU/CSU)

Aber all das, was danach entstanden ist, ist fragil geblie-
ben. Wir sollten uns klar machen: Bei den Verhandlun-
gen in **Dayton** haben die Kriegsverbrecher mit am Tisch
gesessen. Entsprechend unzulänglich ist der Vertrag von
Dayton geworden.

(Beifall des Abg. Detlef Dzembitzki [SPD])

Wer im Juli dieses Jahres nach Srebrenica zu den Fei-
ern anlässlich des zehnjährigen Gedenktages der Ermor-
dung der Menschen von Podgorica gefahren ist, der
konnte, wenn er wollte, zur Kenntnis nehmen, dass der
jetzige Polizeipräsident der Republik Srpska namens
Andan derjenige ist, der zusammen mit Mladić an die-
sem 10./11. Juli 1995 in Podgorica einmarschiert ist und
dort die Männer und Jungen entführt und ermordet hat.
Das ist auch ein Teil der Realität, wie sie in Bosnien
nach wie vor gegeben ist. Ich glaube, auch aus symboli-
schen Gründen ist eines unendlich wichtig: Solange
Mladić und Karadzic noch frei herumlaufen, wird dieses
Land fragil bleiben.

- (B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Ab-
geordneten der LINKEN)

Denn Wahrheit und Gerechtigkeit sind unabdingbar für
ein Land, das zu sich selber finden will. Wir alle wissen,
dass es auch um die Frage einer staatlichen Identität die-
ses Landes geht, das nach wie vor sehr zerrissen ist.

Das Land ist deshalb so zerrissen, weil in Dayton
nicht nur die Kriegsverbrecher am Verhandlungstisch
gesessen haben, sondern auch diejenigen, die die **natio-
nalistischen Parteien** der ethnischen Zuordnung ange-
führt haben. Damit ist ein Gebilde entstanden, das kaum
als Staat bezeichnet werden kann; es ist zweigeteilt und
von äußerst unzureichenden Strukturen geprägt. Bei-
spielsweise gibt es 180 Minister. Dieses Gebilde ist in
eine Phase hineingeraten, die von einer Parallelität zwi-
schen einem Quasiprotektorat einerseits und einem ge-
wählten Parlament andererseits bestimmt war. Das hat
faktisch zu einer Art organisierter Verantwortungslosig-
keit geführt.

Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, dass der Demokra-
tisierungsprozess in dem Land von innen heraus in Fahrt
kommen muss. Das bedeutet, dass das Dayton-Abkom-
men in den Punkten überwunden werden muss, durch
die die Zweiteilung des Landes festgeschrieben wurde.
Schließlich ist uns bekannt, dass sich viele Kroaten in

Westherzegowina nationalistisch mit Kroatien verbun-
den fühlen. (C)

Es geht also um die Stärkung des Zentralstaates durch
eine Verfassungsgebung. Gleichzeitig geht es um die
Stärkung der Gemeinden, damit die Autonomie und
das Zusammenwachsen vor Ort weiterhin erfolgreich
fortgeführt werden können. An diesem Prozess, inner-
halb dessen mit 120 Ortschaften Rücksiedlungsverträge
zustande gekommen sind, ist Herr Schwarz-Schilling
sehr stark beteiligt gewesen.

Der Prozess des Nation Building wird nur dann er-
folgreich sein können, wenn die Menschen in diesem
Land eine **Perspektive** bekommen, die sie lockt. Wie
wir alle wissen, stellt die **Europäische Union** diese Per-
spektive dar. Gerade weil die internationale Staatenge-
meinschaft nicht mutig genug gewesen ist, Karadzic und
Mladić selbst festzunehmen, möchte ich die EU auffor-
dern, hinsichtlich der Bedingungen, die gestellt werden,
nicht weich zu werden. Das Land muss selbst zur
Rechtsstaatlichkeit finden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordne-
ten der SPD)

Die EU muss nicht nur um des Landes willen, son-
dern auch um ihrer selbst willen auf diesen Bedingungen
bestehen. Wir alle wissen, was sich vor zehn Jahren als
richtig erwiesen hat: Mit Bosnien stirbt Europa. Heute
kann vielleicht im Umkehrschluss festgestellt werden:
Mit Bosnien kann Europa den nächsten Schritt in die Zu-
kunft gehen. (D)

Schönen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Vizepräsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile Kollegen Detlef Dzembitzki, SPD-Frak-
tion, das Wort.

Detlef Dzembitzki (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe
Kolleginnen und Kollegen! Ich erinnere mich an die Dis-
kussion, die wir zur Operation Althea vor einem Jahr in
diesem Hause geführt haben. Schon damals zeichnete
sich ab, dass wir mit Optimismus davon ausgehen wür-
den, dass sie zu einem gemeinsamen und erfolgreichen
europäischen Projekt werden würde.

Heute kann man in einer Rückschau feststellen, dass
wir uns dabei nicht übernommen haben. Das ist eine
wohlthuende Erkenntnis. Ich finde es im Übrigen sehr an-
genehm, dass das Haus bis auf eine kleine Ausnahme ge-
meinsam die Politik, die von uns und der Europäischen
Union in Bosnien-Herzegowina verfolgt wird, akzeptiert
und unterstützt. Das ist ein gutes Zeichen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP
und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Detlef Dzembritzki

- (A) Es wäre verlockend, die Diskussion, an der die Kollegen Eid beteiligt war, an dieser Stelle noch einmal aufzugreifen. Ich will aber nur eine Bemerkung dazu machen.

Ich bin kurz nach den kriegerischen Ereignissen nach Bosnien-Herzegowina gefahren und habe mir das Land angeschaut; denn allein bei uns in Berlin waren über 30 000 Flüchtlinge und wir mussten uns ständig die Frage stellen, wann diese Menschen endlich wieder zurückkehren können. Was ich damals in Bosnien-Herzegowina erlebt und gesehen habe – die zerstörten Häuser und die zerstörte Infrastruktur –, hielt ich in Europa für nicht vorstellbar. Verehrte Kolleginnen und Kollegen von den Linken, Ihre Vorstellung, dass dies alles ausschließlich mit Diskussionen und Goodwill zu beenden gewesen wäre, ist so naiv,

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass Ihre Argumente und Vorschläge betreffend den zivilen Bereich – darüber hätte man ruhig einmal im Detail diskutieren und das eine oder andere aufgreifen können; Sie haben ja zum Teil Recht; das ist unbestreitbar – unglaubwürdig werden. Das gilt auch für die Vorwürfe, die Sie uns gemacht haben, als wir die Mühen des **militärischen Einsatzes** auf uns genommen haben.

(Widerspruch bei der LINKEN)

Man kann den Soldatinnen und Soldaten für die dort übernommenen Aufgaben nur dankbar sein.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Man begegnet ihnen dort übrigens nicht mit Vorurteilen gegenüber dem Militär, sondern man verbindet mit ihrer Anwesenheit Sicherheit. Das Kennzeichen, die Qualität des Einsatzes der Bundeswehr in Bosnien-Herzegowina ist gerade, dass sie in der Bevölkerung Anerkennung findet. Das habe ich persönlich gespürt. Es war beinahe beschämend, als sich die Menschen bei mir, einem Zivilisten, für den Einsatz der Bundeswehr bedankt haben.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte an die Ausführungen von Frau Kollegin Beck anschließen. Der zehnte Jahrestag von Dayton zwingt uns quasi, zu schauen, was bewegt worden ist, und darüber nachzudenken, wie es weitergehen soll. Es gibt ja durchaus positive Aspekte: die Aufnahme der Verhandlungen zur Stabilisierung des EU-Assoziierungsabkommens und – da dies heute noch nicht angesprochen worden ist, möchte ich es erwähnen – das Bekenntnis der Vorsitzenden aller relevanten bosnischen Parteien zur **Notwendigkeit einer Verfassungsreform**. Die entsprechende Zusage ist auf der Dayton-plus-Zehn-Konferenz gegeben worden. Es ist wirklich bemerkenswert, dass sich diese gesellschaftlichen Gruppen zu der Notwendigkeit eines Veränderungsprozesses bekennen.

Ein weiteres positives Signal – das haben schon fast alle angesprochen – ist die Wahl des Kollegen Schwarz-Schilling zum Nachfolger des **Hohen Repräsentanten** Paddy Ashdown. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie

- alle haben ihm Glück gewünscht. Ich hingegen bekunde erst einmal meinen Respekt, dass er sich diese Aufgabe aufgeladen hat. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie des Abg. Walter Kolbow [SPD])

Ich hätte gedacht, dass er nach dem, was er schon alles eingebracht hat, ein bisschen zögern würde, dieses Amt zu übernehmen. Kollege Guttenberg hat ja auf sympathische Weise gesagt, dass Herr Schwarz-Schilling einige Jahre nach der Pensionierung offenbar schauen müsse, was er noch tun könne. Mein Respekt und die Dankbarkeit meiner Fraktion, dass er sich dieser Herausforderung stellt!

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Die Ereignisse in Bosnien-Herzegowina zeigen aber ein Stück weit auch, dass all das, was sich dort entwickelt hat, nur unter äußerem Druck möglich war. Es ist nicht so, dass die Kolleginnen und Kollegen vor Ort das, was wir nun begrüßen, eigenverantwortlich auf den Weg gebracht hätten. Es war immer notwendig, von außen Druck auszuüben. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur daran, wie die Verantwortlichen der Republik Srpska quasi gezwungen werden mussten, der Polizeireform als notwendiger Voraussetzung für den Stabilisierungs- und Anpassungsprozess der EU zuzustimmen.

- Ich glaube, dass man die **Bonn Powers** differenzierter betrachten muss. Wir alle sind damit nicht glücklich. Paddy Ashdown ist sicherlich manchmal ein kleiner Vizekönig gewesen; das ist nicht wegzudiskutieren. Die Bonn Powers, die so stark sind, bieten den Verantwortlichen vor Ort auch die Möglichkeit – das räumen zum Teil die Kollegen in Bosnien-Herzegowina selber ein; viele von außen bestätigen das –, sich zu verstecken, die unliebsamen, möglicherweise mit Kritik behafteten Entscheidungen vom Hohen Repräsentanten treffen zu lassen und sich so der eigenen Verantwortung zu entziehen. (D)

Deswegen, Kollege Stinner, haben Sie völlig Recht. Wir haben mit dem Kollegen Schwarz-Schilling jemanden, der es – ich sage das als Sozialpädagoge – wirklich in den Fingerspitzen hat, diesen Prozess so zu gestalten, dass er sich selbst überflüssig macht. Ich wünsche ihm Erfolg und viel Glück.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Es muss aber auch erkennbar werden, dass die Akteure in Bosnien-Herzegowina das Wohlergehen des Gesamtstaates und aller Bürgerinnen und Bürger wollen. Das muss in den Prozess einer neuen Verfassung einfließen. Es gibt heute schon Möglichkeiten, ohne dass diese Verfassung schon vollendet ist, **identitätsstiftende gesamtstaatliche Projekte** durchzuführen. Wir haben von der Verteidigungsreform gehört. Aber solange die Republik Srpska ihre Soldaten noch in Serbien ausbildet und die anderen ihre Soldaten in Kroatien ausbilden und sie nicht zu einer gemeinsamen Philosophie kommen, wird da nichts Gesamtstaatsbildendes sein. Man muss also schauen, dass etwas mehr geschieht, als auf dem

Detlef Dzembritzki

- (A) Papier Freundlichkeiten zu bereiten. Ich glaube, dass wir da auf einem ganz guten Weg sind.

(Zustimmung bei der CDU/CSU)

Ich will abschließend sagen: Wir dürfen nie den Eindruck entstehen lassen, dass die gute Entwicklung, die wir in den zurückliegenden Jahren in Bosnien-Herzegowina erlebt haben, selbstverständlich war. Der Kollege Erler hat das angesprochen. Wer weiß, was die Menschen dort einander angetan haben, und wer weiß, wie dicht das Erlebte noch ist, der wird seinen Respekt und seine Anerkennung dafür aussprechen, dass diese Menschen aufeinander zugegangen sind und der Hass doch überwunden worden ist.

Die gute Weihnachtsbotschaft ist doch, dass Frieden in dieser Welt möglich ist und dass Hass überwunden werden kann. Wenn wir als Deutscher Bundestag dabei ein bisschen helfen konnten, dann haben wir gemeinsam fröhliche Weihnachten verdient.

Alles Gute.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Wolfgang Thierse:

Der so oft erwähnte und mit allen guten Wünschen begleitete Kollege Schwarz-Schilling sitzt dort oben auf der Tribüne. Ich begrüße Sie herzlich.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Sie haben es gehört, aber ich will es noch einmal sagen: Alle unsere guten Wünsche für Ihre so wichtige Friedensaufgabe, die Sie in Bosnien-Herzegowina übernommen haben! Gott befohlen auf Ihrem Weg!

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Norman Paech [DIE LINKE])

Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe den Zusatzpunkt 13 auf:

Aktuelle Stunde

Haltung der Bundesregierung zur europäischen Chemikalienpolitik (REACH)

Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat diese Aktuelle Stunde verlangt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort Kollegin Sylvia Kotting-Uhl, Bündnis 90/Die Grünen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister Gabriel, eine Ihrer ersten Aussagen im Umweltausschuss war: Wir brauchen eine innovative Umweltpolitik. Niemand stimmt Ihnen, lieber Herr Minister, da mehr zu als die Grünen. Solange das Umweltministerium in grüner Hand war, ist dieser Anspruch auch ein gutes Stück eingelöst worden. Ich hoffe sehr, dass Sie in der Umweltpolitik da weitermachen, wo

- die rot-grüne Koalition aufgehört hat. Zumindest die Lyrik Ihres neuen Koalitionsvertrages klingt durchaus so. (C)

Allerdings, sehr geehrter Herr Minister Gabriel, zeugt Ihr erstes Handeln in Ihrem neuen Feld eher vom Gegenteil. Sie haben sich im Vorfeld der Verhandlungen zum REACH-Entwurf für Abschwächungen desselben stark gemacht. Die Verordnung zur Chemikalienzulassung zielte auf mehr Umwelt- und Gesundheitsschutz und hätte damit einen ungeheuren Innovationsdruck in die Chemieindustrie getragen. Diesen Innovationsdruck haben Sie mit abgebogen und Sie sprechen jetzt von einem guten Kompromiss zwischen Umwelt- und Verbraucherschutz und den Interessen der deutschen Chemieindustrie. Damit machen Sie, Herr Umweltminister, jetzt genau den gleichen Fehler, mit dem Ihre neue Koalitionspartnerin schon in den Wahlkampf gezogen ist: zwischen Wirtschafts- und Umweltinteressen einen Widerspruch aufzubauen, der dann zulasten der Umwelt gelöst werden muss. Das ist eine Sichtweise, die völlig ignoriert, worum es in Zukunft gehen wird und womit neue Wirtschafts- und Exportchancen generiert werden können.

Wenn Ihr Kollege Wirtschaftsminister Glos REACH als eine wirtschaftsfreundliche Lösung bezeichnet, dann hat er Recht – solange er im Hier und Jetzt bleibt und den Blick nicht in die Zukunft richtet. Auch die Chemieindustrie, die mit der hierzulande üblichen Drohung des Arbeitsplatzabbaus auf Erleichterungen bei REACH gedrungen hat, gründet ihr Erpressungspotenzial auf der falschen Annahme, dass die Zukunft mit dem Festhalten an den heutigen Bedingungen und an den heutigen Instrumenten zu gewinnen wäre. (D)

Das ist gerade beim Verhältnis von Umwelt und Wirtschaft ein nachhaltiger Irrtum. Es liegt doch auf der Hand, welche Märkte sich ungefährliche Substitute gefährlicher Chemikalien erobern könnten. Angesichts dessen begeistern Sie sich öffentlich dafür, dass die Vorlage des EU-Parlaments nicht übernommen wurde, in die Verordnung einen Zwang zur Entwicklung von Alternativen zu besonders gefährlichen Stoffen aufzunehmen. Sie loben, dass die Befristung der Zulassung dieser besonders gefährlichen Stoffe auf fünf Jahre gestrichen wurde. Alles, was an innovationsfördernden Ideen zu dieser Verordnung da war, ist damit gestrichen. So viel zum Stichwort „innovative Umweltpolitik“.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Lassen Sie uns auch über das originäre Ziel von REACH reden, das jetzt, nachdem der Ministerrat seine Spuren hinterlassen hat, völlig verfehlt wird. Dieses Ziel ist der bessere Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor gefährlichen Chemikalien. Die Bundesregierung hat dazu beigetragen, die Datenanforderungen für den Produktionsbereich von eine bis zehn Tonnen pro Jahr gegenüber dem Kommissionsentwurf gravierend abzuschwächen.

(Ingbert Liebing [CDU/CSU]: Auf ein vernünftiges Maß zu bringen! – Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Sylvia Kotting-Uhl

- (A) Von den bislang 100 000 Altstoffen bleiben so weiterhin mindestens 90 000 ungeprüft. Es stellt sich die Frage – zumindest für uns Grüne –, ob der Preis für die Datenanforderung bei Altstoffen, nämlich die weit gehende Deregulierung bei Neustoffen, vor diesem Hintergrund nicht zu hoch ist.

Herr Minister Gabriel, Sie verteidigen den Einsatz der Bundesregierung gegen die befristete Zulassung gefährlicher Stoffe damit, dass Sie „nicht viele Unternehmen kennen, die sich mit einer fünfjährigen Befristung in Forschungsvorhaben stürzen“. Dazu sage ich Ihnen: Von einem Umweltminister erwarte ich die Unterstützung anderer Forschungsvorhaben. In diesem Fall erwarte ich die Unterstützung von Forschung und Entwicklung in Bezug auf für Mensch und Umwelt ungefährliche Stoffe. Die befristete Zulassung gefährlicher Stoffe wäre ein Schritt in genau diese Richtung gewesen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir alle kennen das beliebte Bild von etwas, was als Tiger losspringt und als Bettvorleger landet. REACH hätte ein Tiger sein können. Der Ministerrat hat daraus einen Bettvorleger gemacht. Wenn wir uns vergegenwärtigen, was REACH bedeutet – Registrierung, Evaluierung, Autorisierung von Chemikalien –, dann stellen wir fest, dass außer Autorisierung nicht viel übrig geblieben ist und damit von einem ambitionierten REACH nicht mehr als ein leises Ach.

- (B) Als ein Erzengel Gabriel der Umweltpolitik haben Sie sich, Herr Minister, in diesem ersten Akt noch nicht erwiesen und das ist mehr als schade.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN)

Im Sinne des Gesundheitsschutzes von Bürgerinnen und Bürgern, im Sinne einer innovativen Umweltpolitik ist die Erlegung des Tigers REACH, zu der Sie beigetragen haben, fatal. Wir schließen daraus, dass innovative Umweltpolitik wohl weiterhin zuallererst eine Aufgabe der Grünen bleiben wird. Wir widmen uns dieser Aufgabe mit Freuden und geben die Hoffnung noch nicht auf, dass diese Freude auch auf Sie ansteckend wirken wird.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin, dies war Ihre erste Rede im Bundestag. Herzliche Gratulation und alles Gute für Ihre weitere Arbeit bei uns!

(Beifall)

Nun erteile ich das Wort dem Bundesminister Sigmar Gabriel.

Sigmar Gabriel, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Kotting-Uhl, einer Ihrer Hauptvorwürfe

mir gegenüber war, dass ich mich gegen die Forderung des Europäischen Parlaments ausgesprochen habe, die Zulassungen nach REACH generell auf fünf Jahre zu befristen. Vielleicht darf ich hierzu die von meinem Vorgänger ausgehandelte Position zu exakt dieser Frage einmal darstellen. Es gibt ein gemeinsames Papier der Bundesregierung – der, wenn ich mich richtig erinnere, mein Vorgänger natürlich angehört hat –, des VCI und der IG BCE.

Dort wird die Verhandlungslinie zu der Frage der Befristung bei gefährlichen Substanzen im Rahmen von REACH beschrieben. Ich zitiere:

Die Autorisierung für die Stoffe wird grundsätzlich unbefristet erteilt.

(Zurufe von der CDU/CSU: Aha!)

Sie steht allerdings unter dem Vorbehalt, dass die materiellen Voraussetzungen für die Autorisierung fortbestehen. Im Rahmen einer regelmäßigen Überprüfung ... haben die Unternehmen dies in geeigneter Form darzulegen. Geschieht dies nicht innerhalb einer bestimmten Frist, erlischt die Autorisierung.

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU/
CSU)

Nun müssen Sie klären und entscheiden, ob schon Jürgen Trittin ein Bettvorleger gewesen ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, der CDU/
CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der
LINKEN)

(D) Das ist eine Debatte, an der ich viel Freude habe. Ich finde übrigens, dass er ein engagierter Umweltminister war.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Nicht zu viel
Lob!)

– Sie müssen nicht gleich von Ihrer früheren Meinung abrücken. – In dieser Frage hat er die richtige Linie vertreten. Diese Linie, Frau Kollegin, haben wir exakt eingehalten. Wir haben uns an das gehalten, gerade in der Frage der Substituierung, was vorher besprochen worden ist, und zwar einvernehmlich zwischen Bundesregierung, VCI und IG BCE.

Es ist auch vernünftig, dass man den Versuch unternimmt, mit den betroffenen Unternehmen sowie den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern über die Frage zu reden, wie man Verbraucher- und Gesundheitsschutz und das Interesse an der Erhaltung von Arbeitsplätzen in Übereinstimmung bekommt. Das haben wir getan.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der
CDU/CSU)

Bei REACH steht für die Verbraucher das Verbraucher- und Gesundheitsschutzinteresse im Mittelpunkt. Dabei geht es um die rund 30 000 Altstoffe, die bislang, anders als Neustoffe, in der EU größtenteils keinerlei Registrierungs-, Evaluierungs- oder Zulassungsverfahren unterworfen sind. Ihre Gefährlichkeit ist bislang in völlig unzureichendem Maß untersucht worden. Gelegentlich wird dabei eingewandt – das hat meine Vorrednerin

Bundesminister Sigmar Gabriel

- (A) auch getan –, dass es rund 100 000 Altstoffe gibt. Das ist richtig, allerdings sind rund 70 000 dieser Altstoffe entweder überhaupt nicht oder in einem so geringen Maß im Markt vertreten, dass ein Verzicht auf die Überprüfung dieser Stoffe mehr als sinnvoll erscheint. Auch dies war übrigens eine Position, die schon die vorherige Bundesregierung eingenommen hat.

In dieser Woche konnte nun ein aus Sicht der Bundesregierung wirklich guter Kompromiss erreicht werden, der einerseits den Gesundheits- und Verbraucherschutz deutlich stärkt, ihn in den Mittelpunkt stellt, andererseits die technische Umsetzung der Verordnung so gestaltet, dass die dadurch entstehenden Kosten für die Industrie nicht wettbewerbsgefährdend sind. Dies gilt insbesondere für die kleinen und mittelständischen Unternehmen. Alle 25 Mitgliedstaaten und auch die Kommission haben diesem Kompromissvorschlag der britischen Ratspräsidentschaft zugestimmt.

Was sind die zentralen Bestandteile der Verordnung? Die Altstoffe werden endlich einem Registrierungsverfahren unterworfen. Die dafür erforderlichen Daten und Unterlagen müssen die Hersteller der Chemikalien liefern. Es trifft also nicht zu, was öffentlich manchmal behauptet wird, auch in Pressemitteilungen Ihrer Fraktion, besser gesagt: der grünen Fraktion im EP, dass diese Verantwortung auf die Chemikalienagentur verlagert worden ist. Das Gegenteil ist der Fall. Die Verantwortung bleibt bei den Herstellern.

- (B) Der Vorschlag einiger Teile der Industrie, diese Verantwortung auf die europäische Chemikalienagentur abzuwälzen, hat sich nicht durchsetzen können. Die Agentur hätte diese Arbeit überhaupt nicht bewältigen können, sondern wäre vermutlich an Herzinfarkt gestorben.

Deutschland hat bei den Stoffen mit einem Produktionsvolumen zwischen einer Tonne und zehn Tonnen pro Jahr in diesem Registrierungsverfahren übrigens zwei weitere Tests durchsetzen können, die insbesondere für einen besseren Arbeitsschutz von Bedeutung sind.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Bei höheren Tonnagen sind Langzeittests vorgeschrieben, von denen nur dann abgewichen werden kann, wenn die betroffenen Chemikalien weder die Arbeitnehmer noch die Verbraucher, noch die Umwelt erreichen. Dieses so genannte Waving-Verfahren in der Registrierung führt zu erheblichen Kostenentlastungen und ist aus meiner Sicht mehr als sinnvoll; denn es geht um die Stoffe, die die Biosphäre, den Menschen oder speziell den Arbeitnehmer erreichen, nicht um diejenigen, die in Stoffkreisläufen oder in der Matrix von Produkten gebunden bleiben.

Sollten sich in der Datenerhebung Gefahren bei einer betroffenen Chemikalie abzeichnen, wird diese einem Evaluierungsprozess unterworfen. Ergibt sich bei diesem Evaluierungsprozess der Hinweis auf eine besondere Gefährlichkeit, so wird diese Chemikalie einem besonderen Zulassungsverfahren unterworfen.

- (C) Das Verfahren für die besonders gefährlichen Stoffe sieht zwei Wege vor. Die Stoffe, die einer adäquaten Kontrolle unterzogen werden können, zum Beispiel nur in geschlossenen Stoffkreisläufen gebunden sind, sodass sie die Umwelt nicht erreichen können, können zugelassen werden. Allerdings – das ist wichtig – muss der Hersteller einer solchen Chemikalie bei seinem Zulassungsantrag trotzdem eine Substitutionsprüfung vornehmen, aus der hervorgeht, ob eine Substitution durch weniger gefährliche Stoffe möglich ist oder nicht. Eine vorhandene Substitutionsmöglichkeit ist allerdings dann kein Grund für die Versagung der Zulassung, wenn der Stoff unter dieser adäquaten Kontrolle steht.

Bei besonders gefährlichen Stoffen – das ist der zweite Weg –, die aber aus wirtschaftlicher Sicht unverzichtbar erscheinen und bei denen bislang keine Wirkungsschwelle einen Gradmesser für die Zulassung ermöglicht, ist die Substitutionsprüfung Zulassungsvoraussetzung, Frau Kollegin. Die Kommission will aber mit Zustimmung der Mitgliedstaaten in den kommenden zwölf Monaten im Komitologieverfahren klären, ob wissenschaftliche Methoden entwickelt werden können, eine Wirkungsschwelle auch bei diesen besonders gefährlichen Chemikalien zu finden, oberhalb deren dann eine Zulassung nicht erfolgt bzw. eine Substitution vorgeschrieben ist.

Der ursprüngliche Vorschlag des EP für eine lediglich auf fünf Jahre begrenzte Zulassung der besonders gefährlichen Chemikalien fand keine Mehrheit. Eine auf fünf Jahre begrenzte Zulassung ist wirtschaftspolitisch außerordentlich unrealistisch

(Beifall der Abg. Marie-Luise Dött [CDU/CSU])

und übrigens auch ökologisch fragwürdig, weil das Zulassungsverfahren selbst schon sehr lange dauert. Wir haben jetzt ein Verfahren gefunden, bei dem dann, wenn Informationen darauf hindeuten, dass eine Gefährlichkeit für die Umwelt besteht, die Genehmigung jederzeit widerrufen werden kann, und zwar unabhängig von der Frage, für welchen Zeitraum eine Genehmigung vorliegt. Permanente Kontrolle, Frau Kollegin, ist besser als eine unrealistische Annahme von Zeitspannen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP – Abg. Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] telefoniert)

– Vielleicht kann Jürgen Trittin herkommen; dann müssen Sie nicht mit ihm telefonieren. Ich kann Ihnen versichern, dass das Zitat, das ich vorgelesen habe, echt war.

Der aus umweltpolitischer Sicht – das will ich offen sagen – viel schwierigere Kompromiss musste nicht bei der Zulassungsfrist oder der Substitution geschlossen werden, sondern – da haben Sie Recht – bei der Registrierung. Das räume ich ausdrücklich ein. Wir mussten zustimmen, dass bei der Registrierung der Stoffe zwischen einer und zehn Tonnen pro Jahr nur die bereits verfügbaren Daten abgegeben werden müssen. Ich konnte diesem Kompromiss aber auch aus umweltpolitischer Sicht zustimmen, weil diese Daten in der deutschen chemischen Industrie bereits in einem großen Umfang vor-

(D)

Bundesminister Sigmar Gabriel

- (A) handen sind. Das sollten Sie wissen. Denn nach den Hoechst-Unfällen in den 90er-Jahren hat es dazu eine sehr umfangreiche Selbstverpflichtung der chemischen Industrie gegeben, die auch eingehalten wird. Sie ist übrigens von der damaligen Umweltministerin Angela Merkel durchgesetzt und später von Umweltminister Jürgen Trittin stichprobenartig überprüft worden. Das heißt, wir haben diese Daten. Deswegen ist dieser Kompromiss aus deutscher Sicht verantwortbar gewesen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Noch nie war ein umweltpolitisches Vorhaben so umstritten. Wo die einen den Ausverkauf des Gesundheits- und Umweltschutzes an die Industrie sehen, beschwören die anderen den Verlust der Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten. Mit REACH verbindet sich aber tatsächlich eine Pionierleistung bei der Folgenabschätzung bezüglich europäischer Vorhaben. Der heftige Streit um die Verordnung führte zum Beispiel dazu, dass unter Einbeziehung der Industrie und übrigens auch der Umweltverbände erstmals eine breit angelegte systematische Folgenabschätzung vorgenommen wurde.

In Deutschland wurde die Diskussion um REACH streckenweise ideologisch geführt. Wenn man die Lobbyisten hörte, gab es nur die Wahl zwischen dem Verrat an der Gesundheits- und Verbraucherschutzpolitik und der Verlagerung der chemischen Industrie ins Ausland. Ich glaube, dass eine derart verengte Sichtweise den Blick auf die wirkliche Kernfrage verstellt. Sie lautet: Wie kann ein hohes Niveau für den Schutz von Mensch und Umwelt, auf den es keinen Rabatt geben kann, mit möglichst kostengünstigen und unbürokratischen Regelungen erreicht werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und der europäischen Industrie zu erhalten?

(Beifall der Abg. Marie-Luise Dött [CDU/CSU])

Darauf, meine Damen und Herren, hat REACH die angemessene Antwort gegeben. Das private Chemikalienlager, das uns alle zu Hause umgibt, wird keine Blackbox mehr sein. Bei Farben, Lacken, Klebstoffen, Imprägniersprays, Putzmitteln und Bastelprodukten – Dingen, die man auch unter dem Weihnachtsbaum finden kann – werden wir jetzt endlich das Vertrauen gewinnen können, dass deren Inhaltstoffe auf die grundlegenden Sicherheitseigenschaften überprüft worden sind und dass ihr Einsatz zu dem gewünschten Zweck vertretbar ist.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Michael Kauch, FDP-Fraktion.

Michael Kauch (FDP):

Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Frau Kotting-Uhl, egal was der Rat beschlossen hätte, Sie hätten es kritisiert, weil Sie ein parteipolitisches Interesse daran haben, darzustellen, dass nur grüne Umweltminis-

ter gute Umweltpolitik machen können. Der Kompromiss im Rat zeigt, dass das offensichtlich nicht so ist. (C)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Für Deutschland ist die Chemikalienpolitik wirtschaftlich von entscheidender Bedeutung, weil wir mit Abstand der wichtigste Chemiestandort in Europa sind.

Ich möchte aber betonen, es geht nicht nur um die Chemieindustrie, es geht eben auch um die nachgelagerten Industrien, die in der politischen Debatte oft genug aus dem Blick zu geraten drohen. Nur wenn man auch diese Industriezweige mit einbezieht, dann wird die gesamte wirtschaftliche Bedeutung dieses Reformprojektes wirklich klar.

Für die FDP war es deshalb von Anfang an ein großes Anliegen, einen hohen Gesundheitsschutz zu erreichen, aber ohne Arbeitsplätze zu gefährden.

(Beifall bei der FDP)

REACH muss im Interesse des Umwelt- und Gesundheitsschutzes wirkungsvoll und im Interesse der betroffenen Unternehmen praktikabel sein, sonst droht die Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft geschwächt zu werden.

Die FDP-Bundestagsfraktion begrüßt daher im Wesentlichen die politische Einigung des EU-Ministerrates, die nun auf Initiative der britischen Präsidentschaft als Kompromiss zustande gekommen ist.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU) (D)

Die Einigung enthält wesentliche Verbesserungen und verwirklicht langjährige Forderungen der FDP, die die rot-grüne Bundesregierung immer abgelehnt hat. Ich betone das hier, weil es auch die SPD im Deutschen Bundestag und vor allen Dingen die SPD im Europäischen Parlament war, die hier den Zug jahrelang in die falsche Richtung hat fahren lassen.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Die hören jetzt mehr auf uns!)

Positiv an der jetzigen Einigung ist vor allem die unbefristete Zulassung von Stoffen. Eine Befristung hätte aus unserer Sicht vor allem für die weiterverarbeitende Industrie Planungsunsicherheit bedeutet. Nehmen wir einmal das Beispiel Automobilproduktion: Wenn es für eine Chemikalie, die in der Produktion eines PKWs verwendet wird, mitten in der Modellreihe nach fünf Jahren plötzlich keine Zulassung mehr gibt, dann müsste es ein Re-Engineering geben. Jeder Hersteller müsste sich dann fragen, ob das gute Voraussetzungen für die Industrieproduktion am Standort Deutschland und am Standort Europa sind. Deshalb ist es ein kluger Weg, den der Ministerrat hier geht.

(Beifall bei der FDP)

Die jetzt gefundene Risikobewertung des Einzelfalls ist eine gute Lösung. Noch besser wäre es gewesen, explizit auf Produktionszyklen in der weiterverarbeitenden Industrie abzustellen.

Michael Kauch

- (A) Neben den Zulassungsverbesserungen begrüßen wir vor allem die Verbesserungen im Registrierungsverfahren, die mit breiter schwarz-rot-gelber Mehrheit im Europaparlament durchgesetzt worden sind. Es ist absolut richtig, dass in den unteren Tonnagenbereichen stärker auf die Risiken und weniger auf die Mengen abgestellt wird. Auch das wurde im Deutschen Bundestag von Rot-Grün bisher immer abgelehnt. Die SPD scheint hier zumindest lernfähig zu sein.

(Horst Friedrich [Bayreuth] [FDP]: Das macht Weihnachten!)

Beim Registrierungsverfahren muss man jedoch einige Punkte kritisch anmerken, beispielsweise was die Testverfahren im Tonnagebereich zwischen zehn und 100 Tonnen angeht. Das sind Mengen, die auch kleine und mittlere Unternehmen betreffen können. Das Verfahren wird nun für diese Unternehmen teuer und bürokratisch. Die Folge wird sein, dass man eher auf einen Stoff verzichtet, als ein aufwendiges Testverfahren durchzuführen. Das geht letztendlich zulasten der Innovationsfähigkeit in der Chemiewirtschaft.

Alles in allem sind wir aber der Meinung, dass der Kompromiss, der im EU-Ministerrat gefunden worden ist, ein guter Schritt ist, der zu einer ausgewogenen Lösung zwischen Arbeitsplatzsicherheit auf der einen Seite und Gesundheitsschutz für die Bürger auf der anderen Seite führt. Nun sind Rat und Europaparlament gefordert, entlang dieser Linie voranzugehen und zum Abschluss zu kommen, damit am Ende im Jahr 2007, möglicherweise nach einem Vermittlungsverfahren, die neue Verordnung für die Bürgerinnen und Bürger und für die Arbeitnehmer in der Chemieindustrie tatsächlich eine sinnvolle Lösung ist.

- (B) Verordnung für die Bürgerinnen und Bürger und für die Arbeitnehmer in der Chemieindustrie tatsächlich eine sinnvolle Lösung ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Marie-Luise Dött, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Marie-Luise Dött (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat am 13. Dezember in Brüssel ein Ausrufezeichen gesetzt, ein Ausrufezeichen für die Umweltpolitik der neuen Bundesregierung. Dem Bundesumweltminister ist gelungen, was vorher viele für nur schwer möglich gehalten haben: Er hat den Verhandlungen zu REACH im Wettbewerbsfähigkeitsrat eine entscheidende Wendung gegeben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Reinhard Loske [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt!)

Die neue deutsche Handschrift wird damit im Europäischen Rat zum ersten Mal deutlich sichtbar.

Schon im Vorfeld waren erste Erfolge zu verzeichnen. Die britische Ratspräsidentschaft konnte von der Bundesregierung überzeugt werden, die politische Einigung zu REACH um einige Wochen nach hinten zu verschieben. Damit hatten wir in Deutschland ausreichend Zeit, die neue Position zu REACH und unsere Änderungsvorschläge zu dem von Großbritannien vorgelegten Kompromiss schlüssig zu formulieren. In der Ratssitzung Ende November hat der Umweltminister die neuen, wichtigen Aspekte in die Beratungen auf europäischer Ebene eingebracht. (C)

Wie wichtig dieser Schritt war, zeigt die Abstimmung vom Dienstag. Die Vorschläge der Bundesregierung sind in weiten Teilen auf die Zustimmung der Mitgliedstaaten gestoßen. Daran, wie positiv die Vorschläge angenommen wurden, kann man deutlich ablesen, wie sehr manche Mitgliedstaaten darauf gewartet haben, dass diese Aspekte einmal zur Sprache gebracht werden.

Nach der Abstimmung im Europäischen Parlament war es vor allem wichtig, im Bereich der Zulassung Stellung zu beziehen. Die Befristung der Zulassung, die das Europäische Parlament ohne Vorgabe im EU-Kommissionsentwurf beschlossen hatte, wäre unpraktikabel und in meinen Augen ein unnötiges Stück Bürokratie. Jeder zuzulassende Stoff würde einer periodisch wiederkehrenden Prüfung unterzogen, selbst dann, wenn die Unbedenklichkeit der Verwendung bereits in einem oder mehreren Verfahren bestätigt wurde. Ich bin daher sehr froh, dass sich Minister Gabriel für die Streichung der Zulassungsbefristung eingesetzt und damit ein Kernanliegen der Union im Rat durchgesetzt hat. Vielen Dank! (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Auch in anderen Punkten hatte der Minister den Rückhalt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, so im Falle der in Forschung und Entwicklung eingesetzten Stoffe. Die CDU/CSU hat bereits in der letzten Legislaturperiode die Förderung eines innovationsfreundlichen Klimas in den Mittelpunkt der REACH-Diskussion gerückt. Denn Innovation schafft Wirtschaftskraft und sichert die Arbeitsplätze, die wir in Deutschland brauchen.

Innovation lebt von Flexibilität und einer Vielfalt an Möglichkeiten. Deswegen wollen wir, dass Stoffe, die in der produktbezogenen Forschung und Entwicklung eingesetzt werden, von der Registrierung ausgenommen werden, natürlich nur unter der Voraussetzung, dass diese Stoffe nicht an Verbraucher abgegeben werden. Am Dienstag wurde nun dementsprechend von den Mitgliedstaaten beschlossen, dass die Notifizierungspflichten für in der Forschung und Entwicklung eingesetzte Stoffe erheblich vereinfacht werden.

Im Bereich der Registrierung wurde erreicht, dass der Umwelt- und Gesundheitsschutz im Vordergrund steht. Das System knüpft nicht mehr ausschließlich an die Menge eines Stoffes an, sondern berücksichtigt auch die Gefährlichkeit. So sollen sich die Informationspflichten in der Lieferkette an der Verwendung des Stoffes und an seiner Exposition orientieren. Es werden verschiedene

Marie-Luise Dött

- (A) Kategorien eingeführt, um diese Pflichten einfacher handhabbar zu machen.

Für die Registrierung von Stoffen in Produktionsmengen von jährlich zehn bis 100 Tonnen konnten keine wesentlichen Erleichterungen der Testanforderungen erreicht werden; auch Herr Kauch hat das angesprochen. Das ist ein Punkt, der vor allem die mittelständische Wirtschaft betrifft. Hier werden Zeit- und Finanzbudgets unnötig gebunden. Oft verfügen die kleinen und mittleren Unternehmen nicht über die notwendige Zeit und die Personalkompetenz, um umfangreiche bürokratische Anforderungen zu erfüllen. Es gilt also nach wie vor: Die Registrierungskosten für kleinvolumige Stoffe müssen eingedämmt werden, damit sie in einem angemessenen Verhältnis zum Umsatz eines mittelständischen Unternehmens stehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Hierin sehe ich die Hauptaufgabe für die zweite Lesung im Europäischen Parlament.

Unter dem Strich ziehen wir eine positive Bilanz der Abstimmung im Wettbewerbsfähigkeitsrat. Bei 25 widerstrebenden Interessen in Europa erfordert es schon einiges Verhandlungsgeschick, die eigenen Wünsche durchzubringen. Die Bundesregierung hat es geschafft,

(Beifall des Abg. Ulrich Kelber [SPD])

in den Beratungen viele wichtige Kernanliegen der Union durchzusetzen, was ein großer Erfolg ist. Nochmals vielen Dank, Herr Gabriel, dass Sie sich da so eingesetzt haben!

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort der Kollegin Eva Bulling-Schröter von der Fraktion der Linken.

(Beifall bei der LINKEN)

Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Von rund 30 000 relevanten chemischen Stoffen wurden bislang nur etwa 4 000 darauf geprüft, ob sie Gesundheit oder Ökosysteme schädigen. Mit dem Rest, den so genannten Altstoffen, die vor 1981 auf den Markt kamen, läuft faktisch ein Großversuch an Mensch und Umwelt. Allergien sowie Brustkrebs- und Atemwegserkrankungen haben drastisch zugenommen. Giftcocktails lassen sich sogar noch in der Muttermilch nachweisen, ebenso weitab der Chemiefabriken im Fettgewebe von Eisbären und Walen.

Die EU-Kommission wollte diesen unhaltbaren Zustand mit ihrem Entwurf einer REACH-Verordnung beenden. Für Alt- und Neustoffe ab einer Tonne Jahresproduktion sollte nun gleichermaßen gelten: keine Daten – kein Markt. Mengenabhängig hätten die Chemikalien getestet und registriert werden müssen. Vor allem aber sollten besonders gefährliche Stoffe identifiziert und schrittweise ersetzt werden; denn genau das muss der Kern einer verantwortlichen Chemikalienpolitik sein.

Ein solches REACH wäre mit 0,1 Prozent des Branchenumsatzes – 0,1 Prozent, Frau Dött und Herr Kauch! – locker zu bezahlen gewesen. Allein die Ausgaben der Kranken- und Rentenkassen für chemikalienbedingte Erkrankungen und Todesfälle betragen ein Mehrfaches davon. Dazu habe ich von Ihnen heute noch gar nichts gehört. Mit gutem Willen hätte man dabei auch – ich denke, das ist uns allen ein Anliegen – die Anzahl der Tierversuche auf das unvermeidbare Minimum beschränken können. Auch das ist nicht passiert.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Doch dieser Kommissionsentwurf wurde vor vier Wochen vom EU-Parlament gnadenlos verwässert; das wurde hier schon gelobt. In dieser Form hat ihn der Ministerrat am Dienstag leider auch weitgehend bestätigt. Die Chemiekonzerne, die eine gewaltige Desinformationskampagne losgetreten haben, können einen Etappensieg verbuchen: Nunmehr sind die Daten- und Testanforderungen drastisch gesunken. Von den 30 000 relevanten Chemikalien bleiben nur noch 12 000 übrig, die halbwegs vernünftig überprüft werden sollen. Es besteht zwar die Möglichkeit, von den Firmen Daten nachzufordern. Das wird jedoch enorm bürokratisch. So viel zum Thema Bürokratie. Zudem wandert die Beweislast wieder von den Herstellern zu den Behörden; genau das sollte durch REACH umgekehrt werden. Die gescheiterte Altstoffverordnung, unter der in 24 Jahren gerade einmal 65 Stoffe bewertet wurden, lässt schon jetzt grüßen.

Insgesamt ist das Rollback in der europäischen Chemikalienpolitik nicht nur ein dreister Frontalangriff auf die Gesundheit der Menschen. Das Ganze ist außerdem ökonomischer Unsinn. Schließlich verleiht eine saubere Registrierung und Bewertung den Firmen Rechtssicherheit in Haftungsfragen, was sehr wichtig ist.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Dr. Reinhard Loske [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Alt- und Neuchemikalien könnten zudem in einen gerechten Wettbewerb miteinander treten – und die Schaffung von Wettbewerb ist doch immer Ihr Anliegen. Nun aber werden Intransparenz und Ungleichbehandlung fortgeführt. Innovationsfeindlicher geht es kaum.

(Zuruf von der CDU/CSU: So ein Schmarren!)

In seiner ersten Lesung vor vier Wochen hat sich das EU-Parlament wenigstens dafür ausgesprochen, gefährliche Chemikalien nur für fünf Jahre befristet zuzulassen. Danach hätten sie von den Unternehmen ersetzt werden müssen, sofern dann unbedenkliche Alternativen existieren. Genau darum geht es doch; wir wollen doch Stoffe, die unbedenklich sind.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber selbst diese einzige positive Veränderung am Kommissionsentwurf wurde vom Rat kassiert.

Eva Bulling-Schröter

(A) Insgesamt stellt sich damit die Frage, ob ein solches Chemikalienrecht nicht hinter das bisherige zurückfällt. Schließlich gelten die weich gespülten Registrierungs- und Zulassungskriterien nun ebenfalls für die Neustoffe und diese unterliegen gegenwärtig noch einem vorbildlichen Registrierungsverfahren.

Der BUND hat in dieser Woche analysiert, wer in Europa die Interessen der Chemiekonzerne gegen den Verbraucherschutz besonders eifrig vertreten hat. Das Papier ist wirklich lesenswert: Die deutschen Abgeordneten im Europaparlament haben – mit Ausnahme der Linken und der Grünen – bei allen Änderungsanträgen mehrheitlich für einen Abbau des Gesundheitsschutzes gestimmt.

(Dr. Reinhard Loske [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist die bittere Wahrheit!)

Im Falle von SPD und FDP geschah das sogar gegen die jeweilige eigene Fraktion im Europaparlament. Aufgrund der Abgeordnetenanzahl haben deutsche EU-Parlamentarier somit ein fortschrittliches europäisches Chemikalienrecht verhindert.

Dass die Bundesregierung im Rat und in der EU-Kommission als Repräsentantin des VCI auftrat, weiß inzwischen ganz Brüssel. Kommissionsvizepräsidentin Margot Wallström hat öffentlich gegen einen besonders dreisten Vorstoß Günter Verheugens protestiert. Auch das ist bekannt.

REACH ist aus unserer Sicht ein trauriges Beispiel dafür, wie Konzerne die Gesetzgebung nach ihren Profitinteressen zurechtbiegen können, wenn sie dafür nur mächtig und frech genug sind.

(B)

(Zuruf von der CDU/CSU: Jetzt kommt es wieder! – Zuruf von der FDP: Der Sozialismus!)

Dies geschieht leider mithilfe von Politikern aus der Bundesrepublik Deutschland, einem Land, welches sich so gern als Weltmeister im Umweltschutz ausgibt.

Noch ein Wort zu den Grünen:

Vizepräsident Wolfgang Thierse:

Frau Kollegin, Sie müssen zum Schluss kommen, Sie sind weit über Ihre Redezeit hinaus.

Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE):

Ja, mein letzter Satz: Ein grüner Baum wächst nur auf rotem Grund.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Heinz Schmitt, SPD-Fraktion.

Heinz Schmitt (Landau) (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der europäische Rat für Wettbewerbsfähigkeit hat in dieser Woche eine Einigung über die künftige europäische Chemieverordnung REACH erzielt. Das

wichtigste Ergebnis dieser Einigung: REACH kommt! (C) Damit kommt eine neue, eine fortschrittliche Chemiewirtschaft.

Wir reden heute natürlich über einen Kompromiss. Frau Bulling-Schröter, ein Kompromiss ist vom Geben und Nehmen gekennzeichnet, vielleicht passt dazu der berühmte Vergleich vom halb vollen und halb leeren Glas. Ich sage: Das Glas ist halb voll.

Bei all den unterschiedlichen Interessen, die bei dieser Verordnung zu berücksichtigen waren, ist REACH nämlich ein bedeutender Schritt hin zu einem besseren Umgang mit Chemikalien in Europa. Was wurde erreicht? Wir überwinden mit REACH einen Zustand, der heute alles andere als zufriedenstellend ist. Die Chemikalien, die jetzt in Gebrauch sind, werden systematisch erfasst. Mit REACH entsteht ein zentraler Datenpool für chemische Stoffe und damit eine Entscheidungsgrundlage für andere Bereiche, den Verbraucherschutz und den Arbeitsschutz, die diese dringend benötigen. REACH ist damit die Grundlage für ein wirksames Risikomanagement.

Eine sehr wichtige Neuerung ist, dass die Industrie die Verantwortung für ihre Stoffe selbst übernehmen muss.

(Beifall bei der SPD)

Die Beweislast für einen sicheren Umgang mit chemischen Stoffen liegt bei der Industrie. Dabei bleibt es!

Gefährliche Stoffe, die sich im Körper ansammeln oder Krebs und Mutationen auslösen können, dürfen in Zukunft nur dann weiterverwendet werden, wenn ein gesicherter Umgang mit diesen Stoffen auch garantiert ist. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Ein besonderer Vorteil für kleine und mittlere Unternehmen: Es wird einen Mechanismus geben, dass ein Stoff nur einmal registriert werden muss. Das Prinzip „ein Stoff, eine Registrierung“ – für die Spezialisten: OSOR, das ist die Abkürzung für „one substance, one registration“ – soll so ausgestaltet sein, dass zum Beispiel notwendige Tierversuche an Wirbeltieren auch tatsächlich nur einmal durchgeführt werden müssen und dürfen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Damit wird – Frau Flachsbarth, Sie als Tierärztin werden zustimmen – auch dem Tierschutz weitgehend Rechnung getragen. Meiner Meinung nach sind das alles bedeutende Fortschritte.

Aber natürlich gibt es auch Bereiche, in denen man sich als Umweltpolitiker mehr gewünscht hätte. Ich hätte mir für Chemikalien mit einer Produktionsmenge von einer Tonne bis zehn Tonnen pro Jahr strengere Anforderungen für die Registrierung vorstellen können. Hier hat man den Anforderungen der Industrie ein Stück weit Rechnung getragen. Für mich ist es nicht nachvollziehbar, warum gerade von der deutschen Chemieindustrie bis zuletzt gegen eine umfangreichere Lieferung von Da-

Heinz Schmitt (Landau)

- (A) ten gekämpft wurde. Es geht dabei doch um Daten, die ohnehin fast vollständig vorliegen.

(Eva Bulling-Schröter [DIE LINKE]: Eben!)

Es gibt in Deutschland schon seit Jahren die so genannte Selbstverpflichtung der Unternehmen im Verband der Chemischen Industrie, die das Ziel verfolgt, einen sicheren Umgang mit chemischen Stoffen zu gewährleisten.

Danach werden genau die Daten für Stoffe mit niedrigen Produktionsmengen pro Jahr erzeugt, deren Lieferung jetzt auf EU-Ebene quasi freiwillig sein wird. REACH wäre von Anfang an noch ein Stück solider und effektiver ausgefallen, hätte man hier ein bisschen mehr guten Willen gezeigt.

Auch wenn es also Konzessionen gab, so erwarten wir von den deutschen Chemieunternehmen, dass sie auch in Zukunft ihre heutigen hohen Standards beibehalten. Wir erwarten ferner, dass die großen Unternehmen ihre Zusage einhalten, gerade kleinen und mittleren Unternehmen die notwendigen Daten zur Verfügung zu stellen;

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Lachen des Abg. Dr. Reinhard Loske [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

denn gerade für ein mittelständisches Unternehmen ist es natürlich aufwendiger, bestimmte Tests durchzuführen und bestimmte Daten bereitzustellen. Hier gibt es die Zusage, dass die Großen den Kleinen unter die Arme greifen werden.

(B)

Mit REACH wird also ein System eingeführt, das Europa weltweit zum Vorbild für einen sicheren Umgang mit chemischen Stoffen und Produkten machen wird. Weil wir Wettbewerbsnachteile für unsere Industrie vermeiden wollen, muss dieses System – das ist eine weitere Aufgabe, die vor uns liegt – auch für importierte Stoffe gelten. Dies ist wichtig, damit kein Ungleichgewicht entsteht zwischen Stoffen, die hier produziert werden, und Stoffen, die aus Nicht-EU-Staaten kommen.

Die Politik hat ihre Hausaufgaben gemacht. Jetzt muss die europäische Chemieindustrie und jetzt müssen nicht zuletzt die deutschen Unternehmen ihren Beitrag leisten. Die deutsche Chemieindustrie hat sich grundsätzlich zu einem sicheren Umgang mit chemischen Stoffen und zur Notwendigkeit von REACH bekannt – für einen besseren Gesundheitsschutz, für einen besseren Umweltschutz und für einen besseren Verbraucherschutz. Wir legen großen Wert darauf, dass unsere Unternehmen REACH in diesem Sinne nutzen und damit ihrer besonderen Verantwortung gerecht werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Reinhard Loske, Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Reinhard Loske (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (C)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister! Wir sind hier eben Zeugen eines bemerkenswerten Widerspruchs geworden, den man – wenn ich das so sagen darf – wohl nur unter einem großkoalitionären Klima als stimmig bezeichnen kann. Auf der einen Seite hat der Herr Minister es in seinem Vortrag so dargestellt, als hätten wir es bei REACH mit einer Kontinuitätslinie rot-grüner Politik zu tun. Auf der anderen Seite hat Frau Dött dem Herrn Minister dafür gedankt, dass er in Brüssel im Wettbewerbsrat die entscheidende Wende im Sinne der CDU/CSU herbeigeführt habe. Ich muss leider sagen: Frau Dött hat Recht; der Entwurf ist zum Schlechteren hin verändert worden, ganz eindeutig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Herr Minister ist heute ja schon als alles Mögliche tituliert worden: als Erzengel, als Tiger, als Bettvorleger. Das würde ich nie sagen,

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der SPD)

aber eines kann man ihm heute definitiv zuschreiben, nämlich die Rolle des Rosinenpickers – das ist er eindeutig. Es ist in der Tat gut, dass wir hier ein Telefon haben; ich habe mir nämlich noch einmal von meinem Mitarbeiter die gemeinsame Stellungnahme von VCI, IG BCE und Bundesregierung vom März 2002 herausuchen lassen. Da werden verschiedene Positionen ausgeführt und eine hat sich der Minister herausgesucht – das stimmt; das war damals von Hubertus Schmoldt und von Hambrecht mit Nachdruck vorgetragen worden –: Auf gar keinen Fall zeitliche Befristungen. Es ist natürlich eine ganze Reihe anderer Forderungen enthalten, für die Sie sich dann leider nicht eingesetzt haben und die Sie in Brüssel nicht durchgesetzt haben, zum Beispiel die Forderung, dass wir für Stoffe mit Produktionsmengen zwischen eine und zehn Jahrestonnen wesentlich weiter gehende Datensätze brauchen. Das geht wesentlich über das hinaus, was die Kommission vorgeschlagen hat. Dass für Zwischenprodukte aussagekräftigere Mindestdatensätze verpflichtend gemacht werden sollen, haben Sie ebenfalls nicht durchgesetzt.

(D)

So gesehen ist das in der Tat ein deutliches Abweichen von dem, was die alte Regierung gemacht hat; das beißt die Maus keinen Faden ab. So leicht es mir gefallen ist, Herr Minister, Sie vor wenigen Tagen öffentlich für Ihren guten Auftritt auf der Klimaschutzkonferenz in Montreal zu loben, so muss ich doch in dieser Sache eindeutig sagen: Das, was Sie da in Brüssel abgeliefert haben, ist absolut schlecht und inakzeptabel.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Sie haben dort nicht, wie das für einen Umweltminister angemessen wäre, vorrangig Umwelt-, Verbraucher- und Gesundheitsinteressen vertreten, sondern vor allen Dingen eben die vermeintlichen – ich komme gleich dazu – Interessen der Chemieindustrie. Die Verbraucherverbände und die Umweltverbände haben dazu das Notwendige gesagt.

Dr. Reinhard Loske

- (A) Wir halten es auch innovationspolitisch für falsch, wenn es schwieriger ist, **neue Chemikalien** in den Markt zu bringen, die aufwendige Test-, Genehmigungs- und Registrierungsverfahren durchlaufen müssen, als alte Chemikalien, die möglicherweise unbekannte Nebenwirkungen haben, im Markt zu lassen. Das ist keine Innovationsförderung, sondern es ist Innovationsbehinderung, ganz eindeutig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Der entscheidende Punkt, den ich ansprechen möchte, ist – es ist ja schon viel anderes gesagt worden –: REACH reiht sich ein in eine Liste von verbraucherpolitisch äußerst fragwürdigen Entscheidungen, die in den letzten Tagen getroffen wurden.

Schauen wir doch einmal zurück: Gestern hat Minister Seehofer drei Bt-Maissorten, also gentechnisch veränderte Maissorten, genehmigt, die wir nicht brauchen und die äußerst fragwürdig sind. Heute kündigt er an, dass er das Gentechnikgesetz ändern will. Durch die geplanten Änderungen würden das Verursacherprinzip faktisch ausgehebelt und die Haftungsregelungen des jetzigen Gentechnikgesetzes so geändert werden, dass jemand, der kontaminiert ist, nicht mehr geschützt ist, sondern vielmehr nachweisen muss, wer ihn kontaminiert hat. Darüber hinaus will Herr Seehofer die im Verbraucherinformationsgesetz enthaltene Informationspflicht der Unternehmen komplett streichen.

- (B) In diese Liste reiht sich REACH ein. An den Konturen Ihrer Politik, die hier erkennbar werden, sieht man, dass Sie einen Kniefall vor der Chemieindustrie machen, aber die Verbraucherinteressen ignorieren. Das halten wir für völlig falsch.

(Zuruf von der CDU/CSU: Dummes Zeug!)

– Das ist kein dummes Zeug, sondern leider die Wahrheit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN)

Eines will ich Ihnen noch sagen: Bevor ich gerade hierher kam, habe ich einen Brief an die Bayer AG geschrieben, der in Montreal ein Preis – der „Low Carbon Leaders Award“ – verliehen wurde. Bayer wurde damit als eines der Unternehmen ausgezeichnet, die sich weltweit am meisten für den Klimaschutz einsetzen. Dazu sage ich nur: Chapeau! Weil mein Wahlkreis in Leverkusen ist, habe ich dem Unternehmen geschrieben; denn ich finde das, was Bayer in diesem Bereich tut, prima.

Aber für viele andere Bereiche gilt ganz eindeutig: Es ist gefährlich, wenn sich die Politik bzw. eine Bundesregierung die Positionen der **Chemieindustrie**, die wettbewerbspolitisch natürlich legitim sind, zu einseitig zu Eigen macht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hartmut Koschyk [CDU/CSU]:
Ja, was ist denn jetzt? – Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Das macht doch niemand! Wer macht das denn?)

(C) Wenn man sich REACH anschaut, stellt man fest: Sie haben sich die Forderungen der chemischen Industrie sehr einseitig zu Eigen gemacht und sind über die vernünftigen Vorschläge derjenigen hinweggegangen, denen der Umwelt-, der Verbraucher- und der Gesundheitsschutz besondere Anliegen sind. Insofern sage ich: Hier haben Sie einen Kniefall vor der Chemieindustrie gemacht,

(Zuruf von der CDU/CSU: Oh, nein! Das hört sich ja schon genauso an wie bei der PDS!)

der in dieser Form ganz eindeutig nicht nötig gewesen wäre.

Danke schön und frohe Weihnachten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Thierse:

Nun hat der Kollege Franz Obermeier, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

Franz Obermeier (CDU/CSU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Loske, Ihre Rede war wieder einmal ein Beweis dafür, dass Ihre Grünen-Fraktion absolut unfähig ist, Innovationen und moderne Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland ausgewogen zu bewerten.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Reinhard Loske [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh, das ist jetzt aber sehr hart!)

(D) Durch die Politik, die Sie in den vergangenen Jahren gemacht haben, hat sich die deutsche Wirtschaft immer stranguliert gefühlt. Ob es nun so war oder nicht, lasse ich einmal dahingestellt. Aber man hatte nicht das Gefühl, dass die Wirtschaft die Unterstützung der Politik hatte, wenn es um die Weiterentwicklung von Unternehmen, die Sicherung bestehender Arbeitsplätze oder die Schaffung neuer Arbeitsplätze ging. Sie haben immer den Eindruck vermittelt, als seien die Unternehmen und die Vorhaben, die sie in Deutschland umsetzen wollen, eigentlich gar nicht erwünscht.

(Dr. Reinhard Loske [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Na ja, na ja!)

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung zu Ihren Einlassungen über die **kleinen Unternehmen** machen. Gerade die kleinen Unternehmen wären vom ursprünglichen REACH-Entwurf massiv betroffen gewesen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Herr Minister, weil wir wissen, dass neue Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland hauptsächlich in den kleinen und mittelständischen und nicht in den großen Unternehmen geschaffen werden, sind wir über die Entscheidung, die im Europäischen Rat in Brüssel gelungen ist, froh. Ich jedenfalls freue mich darüber. Denn durch diese Entscheidung wird die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen chemischen Wirtschaft weit weniger beeinträchtigt, als es ursprünglich der Fall gewesen wäre. Diese Entscheidung als Kniefall zu bezeichnen ist schon

Franz Obermeier

- (A) ziemlich weit hergeholt, meine Damen und Herren von den Grünen. Vielmehr bedeutet die jetzt getroffene Entscheidung tatsächlich ein Mehr an Verbraucherschutz, da nun der Großteil der hunderttausend am Markt befindlichen Chemikalien auf ihre Risiken getestet wird.

Gleichwohl möchte ich nicht verschweigen, dass ich den Eindruck habe, als müsste noch an einigen Stellen nachgearbeitet werden:

Erstens. An den Kosten für die nötigen Testreihen sollten alle Hersteller und Verarbeiter beteiligt werden – auch jene aus Nicht-EU-Staaten.

Zweitens. Bei der **Registrierung von Stoffen** – dem für die Wirtschaft bedeutsamsten Bereich – hat der Rat die Testanforderungen im Gegensatz zum Parlamentskompromiss spürbar erhöht, ohne damit irgendeinen zusätzlichen Gewinn für Umwelt oder Gesundheit zu erzielen. Das gilt besonders für den Bereich der Jahresproduktion von zehn bis 100 Tonnen und damit für die kleinen und mittleren Unternehmen. Somit besteht die große Gefahr, dass Stoffe lediglich aus Kostengründen vom Markt verschwinden werden, nicht aber weil sie besonders gefährlich wären. Dieser vom Rat zu verantwortende Effekt gefährdet Arbeitsplätze in Deutschland und läuft der erklärten Zielsetzung der neuen Stoffpolitik eklatant zuwider.

- (B) Drittens. Herr Minister, ich sehe Bedarf für einen umfassenden Datenschutz. Es ist ein berechtigtes Anliegen der Hersteller, dass Zusammensetzung, Herstellung und Verarbeitung ihrer Produkte Geschäftsgeheimnisse bleiben. Es muss gewährleistet sein, dass nicht mehr Daten als unbedingt notwendig nach außen bekannt werden. Sonst könnte weltweit jeder Konkurrent von den REACH-Erhebungen profitieren und die chemischen Rezepte einfach „nachkochen“.

Lassen Sie mich zum Abschluss ein Fazit ziehen: Es ist anzuerkennen, dass der Rat den ursprünglichen Entwurf der Kommission – nicht zuletzt auf Betreiben unserer neuen Bundesregierung – für die Wirtschaft deutlich praktikabler gestaltet hat – und das bei Aufrechterhaltung der gesundheits- und umweltpolitischen Ziele. Insgesamt liegt nun ein akzeptables Paket für das REACH-System vor. Allerdings ist der Ratskompromiss zu REACH in einigen Punkten noch verbesserungsbedürftig. Im weiteren Verfahren müssen wir getreu unserer Koalitionsvereinbarung zu REACH vorgehen: Ziel von CDU/CSU und SPD ist es, dass die Herstellung von Chemikalien durch REACH im Ergebnis nicht verteuert werden darf. Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie Wettbewerbsfähigkeit müssen in diesem Rahmen sorgfältig ausbalanciert werden.

Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche Ihnen ein frohes Weihnachtsfest.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Für Weihnachten können wir klatschen, nicht für den Inhalt!)

Vizepräsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegin Angelica Schwall-Düren, SPD-Fraktion. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! REACH hat eine lange Geschichte. Diese Geschichte ist noch nicht zu Ende, aber wir haben eine wichtige Etappe erreicht. Es hat jahrelange Verhandlungen gegeben, es hat Proteste der Industrie gegeben, der Umweltverbände, der Tierschützer. Viele Studien wurden angefertigt, unter anderem von Nordrhein-Westfalen. Jetzt haben wir einen Mehrheitsbeschluss des Rates und nun ist die zweite Lesung im Europäischen Parlament abzuwarten.

In diesem ganzen Verfahren wurde der ursprüngliche Entwurf der Kommission mehrfach verändert: durch das Europäische Parlament und auch durch den Rat. Das Ziel – den Umgang mit 30 000 Altstoffen sicherer zu machen – teilen wir alle. Umwelt-, Verbraucher-, Gesundheits- und Arbeitsschutz stehen dabei im Mittelpunkt. Es ist schon gesagt worden: Besonders wichtig ist der Ausschluss von kanzerogenen und erbgutverändernden Stoffen in verbrauchernahen Produkten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so viele Lobbyisten wie im Zusammenhang mit dieser gesetzlichen Regelung – auf allen politischen Ebenen – sind noch nie tätig geworden. Aber – Frau Kottling-Uhl ist nicht mehr da – ich finde, man kann an dieser Stelle nun wirklich nicht von Erpressung reden. Ich glaube, sowohl Umweltverbände als auch die Industrielobby und die Gewerkschaften haben legitime Interessen vertreten. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

und es gehört zu einem demokratischen Prozess, dass diese Interessen in einer ernsthaften Auseinandersetzung vorgetragen und Konflikte ausgetragen werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mit dem Ergebnis, das auf dieser Etappe erreicht worden ist, sind noch immer nicht alle zufrieden: Die Umweltschutz- und Verbraucherverbände hätten sich anderes und mehr gewünscht; die Wirtschaft und die Industrielobby sind auch nicht zufrieden. Das haben wir gerade aus dem Mund der Kollegen gehört. Es wird gesagt, die Kosten seien noch immer nicht tragbar. Es wird vorgetragen, dass kleine und mittlere Unternehmen, die oft nur geringe Mengen herstellen, über Gebühr belastet würden. Auch wurde die Frage der internationalen Wettbewerbssituation aufgeworfen, wobei ich glaube, dass das dadurch geregelt ist, dass auch die Importeure in das Verfahren mit einbezogen werden.

Ja, es ist richtig, dass der Verordnungsentwurf ursprünglich rigoros war. In ihm waren mehr Tests und eine größere Testtiefe vorgesehen, es wurden mehr Daten auch bei kleineren Produktionsmengen verlangt. Aber, Frau Bulling-Schröter, der jetzige Entwurf führt nicht dazu, dass die Umwelt- und Verbraucherschutzinteressen vernachlässigt werden und ein fortschrittliches

Dr. Angelica Schwall-Düren

- (A) EU-Chemikalienrecht verhindert wird. Selbstverständlich ging das Bestreben der Kommissarin, die den ursprünglichen Entwurf eingebracht hat – sie kommt aus einem Land, das keine bedeutende chemische Industrie hat –, dahin, dass möglichst wenig Veränderungen an ihrem Entwurf vorgenommen werden.

Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass das Ergebnis, das nun erreicht worden ist, sowohl die Wünsche aus den Chemiestandorten als auch die Forderung nach mehr Umweltschutz erfüllt. In der Chemiepolitik gibt es gegenüber der bisherigen Situation kein Rollback. Es wird verhindert, dass nicht registrierte **Altstoffe** unkontrolliert weiter verwendet werden. Das ist ein riesengroßer Fortschritt, vor allem in den Bereichen der Massenprodukte und der verbrauchernahen Produkte. Dennoch ist die Belastung für die Wirtschaft in Grenzen geblieben.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch zwei Punkte ansprechen:

Erstens. Herr Loske hat im Zusammenhang mit der Frage der Innovationen Schwarz-Weiß-Malerei betrieben. Ich bin davon überzeugt, dass diese Verordnung einen Innovationsschub bringen wird, weil gefährliche und schädliche Stoffe ersetzt werden. Aber allein die bessere Kenntnis von Stoffen kann dazu beitragen, dass eine Produktoptimierung durchgeführt wird. Das alte Stoffrecht dagegen hat genau diese Innovationen behindert. Dass die Opposition Schwarz-Weiß-Malerei betreibt, kann ich nachvollziehen. Die Koalitionsfraktionen dagegen müssen eine Balance finden und das Machbare durchsetzen.

- (B) Zweitens – das ist mir als Europapolitikerin wichtig –: Solche Regelungen hätten national keinerlei Sinn gemacht. In diesem Fall bringt die EU konkrete Fortschritte für die Menschen. Sie können in Zukunft mehr darauf vertrauen, dass sich die Stoffe, die sich in Kosmetika befinden, nicht in ihren Körpern anreichern, dass in Spielzeugen keine giftigen Substanzen sind, die herausgelöst werden können, oder dass Lacke keine giftigen Dämpfe absondern. Die Menschen können die EU in diesem konkreten Fall positiv erfahren. Die Mitgliedstaaten haben gezeigt, dass sie in der Lage sind, sich zu einigen. Das ist wichtig, gerade vor dem Hintergrund des heute stattfindenden schwierigen Gipfels. Ich freue mich, dass unser Umweltminister dazu beigetragen hat, dass die britische Ratspräsidentschaft wenigstens diesen Erfolg in der Tasche hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche Ihnen ein frohes Weihnachtsfest. Passen Sie auf, dass Sie sich nicht an den Wunderkerzen verbrennen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Wolfgang Thierse:

Ich erteile das Wort Kollegen Ingbert Liebing, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(C)

Ingbert Liebing (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich hätte ich mich gerne mit den Argumenten meiner Vorredner von den Grünen auseinander gesetzt. Beide haben das Plenum aber schon verlassen. Ich finde es beschämend, dass Sie von den Grünen am Freitagnachmittag eine solche Debatte beantragen, dann aber gerade einmal mit drei Abgeordneten aus Ihren Reihen hier im Plenum vertreten sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Das zeigt ihr wahres Interesse!)

Offensichtlich liegt Ihnen an pressewirksamen Showeffekten doch mehr als an der Sachdiskussion hier im Plenum.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE])

Dabei bin ich den Grünen eigentlich ausgesprochen dankbar für diese Aktuelle Stunde zum Thema REACH, gibt mir die Debatte doch Gelegenheit, der deutschen Öffentlichkeit den Unterschied zwischen einer pragmatischen, lösungsorientierten und ausgewogenen Politik, die sich jetzt im EU-Rat durchgesetzt hat, und Ihrer überzogenen Regulierungswut deutlich vor Augen zu führen; denn darum geht es im Ergebnis ja.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (D) Es geht darum, dass nach einem mehrjährigen Streit in Europa eine Verständigung über die künftige **Chemikalienpolitik** endlich nahezu erreicht ist. Dies war vor allem auch deshalb möglich, weil Deutschland mit unserer neuen Kanzlerin an der Spitze endlich wieder mit einer klaren Stimme und mit einem klaren Kurs in der EU aufgetreten ist. Mit diesem Kurs werden beide Interessen berücksichtigt, nämlich die Interessen des Verbraucher- und Umweltschutzes genauso wie das legitime Interesse – dieses sollten wir alle achten – an einer funktionsfähigen Wirtschaft, an einer funktionsfähigen Chemieindustrie und an der Lebensfähigkeit der vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen, die mit chemischen Stoffen umgehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Beides ist wichtig. Dies findet jetzt in der Entscheidung des EU-Wettbewerbsrates seinen Niederschlag.

Wir haben erlebt, wie die Grünen heute Sturm dagegen gelaufen sind.

(Michael Kauch [FDP]: Der Sturm war aber schwach, das war ein Windhauch! – Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Das war ein laues Lüftchen!)

– Genau, es war ein laues Lüftchen. – Das verwundert ja auch nicht; denn letztlich ist genau das Ihr Problem: Sie bekommen diesen Interessenausgleich eben nicht hin.

(Franz Obermeier [CDU/CSU]: Sie haben sich schon verflüchtigt!)

Ingbert Liebing

- (A) Sie wollen – das hat die Debatte wieder gezeigt – alles bis ins Letzte reglementieren, koste es, was es wolle, und koste es auch viele Betriebe die Existenz und viele Arbeitsplätze. Damit ist jetzt endlich Schluss.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Als Sie noch mit Ihrem Minister die Verantwortung hatten, wollten Sie wieder nach Ihrem alten bekannten Strickmuster verfahren: Was Sie in Deutschland national nicht erreichen können, versuchen Sie uns über Bande – über Europa – aufzudrücken. Auch damit ist jetzt Schluss.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deutschland hat nämlich wieder eine handlungsfähige Regierung, eine Regierung, die ihre Gesamtverantwortung ernst nimmt und unterschiedliche Interessen ausgleicht. Damit ist Deutschlands Position in Europa deutlich gestärkt worden. Nur so ist es unserer neuen Regierung möglich geworden, den Kompromiss im EU-Rat deutlich zu befördern.

Mit Jürgen Trittin am Kabinetttisch und im Rat wäre dies sicherlich nicht möglich gewesen. Denn was hätten Sie mit Ihrer Position erreicht? Sie haben doch nur erreicht, dass es eben keine Verständigung gegeben hat. Diente das denn den Interessen der Verbraucher mehr? Haben Sie durchgesetzt, dass das Thema Altstoffe – es geht um die Stoffe von vor 1981 – jetzt wirklich angepackt wird?

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

- (B) Nein, Ihre Position hätte eine Verständigung in weite Ferne gerückt und es wäre alles beim Alten geblieben. Deshalb ist es gerade das Verdienst der neuen Bundesregierung, dass jetzt der Durchbruch erreicht wurde und dass 30 000 Altstoffe in angemessener Form aufgearbeitet werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Schon jetzt ist davon auszugehen, dass diese Aufarbeitung elf Jahre dauern wird. Mit Ihrer Regulierungswut würde es wohl noch länger dauern. Wenn alle Stoffe nahezu gleich behandelt werden, können Schwerpunkte nicht gesetzt werden. Da ist es doch wohl allemal sinnvoller, dort zu beginnen, wo besondere Risiken bestehen. Dort, wo das eben nicht der Fall ist, kann mit viel weniger Aufwand viel schneller ein vernünftiges Ergebnis erzielt werden. Ich denke, das dient doch allemal mehr den Interessen des Umwelt- und Verbraucherschutzes als Ihre Position.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen: Noch ist REACH nicht am Ende. Wir wissen auch, dass es noch immer unterschiedliche Auffassungen zwischen dem EU-Parlament und dem Rat gibt. Meine Fraktion unterstützt die Regierung und Umweltminister Gabriel ausdrücklich darin, den jetzt eingeschlagenen Kurs fortzusetzen. Wir ermuntern Sie, konsequent zu bleiben und keine weiteren Verschärfungen zuzulassen, durch die das jetzt gefundene austarierte

Gleichgewicht der Interessen wieder ins Rutschen geriete. (C)

Herr Minister Gabriel, wir werden Sie gegen jede Anfeindung vonseiten der Grünen in Schutz nehmen, damit unser Land nicht wieder in die unsäglichen Zeiten rotgrüner Verhinderungspolitik zurückfällt,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU – Lachen bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNE)

unter der Deutschland so lange zu leiden hatte.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Franz Obermeier [CDU/CSU]: Das war eine gute Rede!)

Vizepräsident Wolfgang Thierse:

Kollege Liebing, das war Ihre erste Rede im Deutschen Bundestag. Herzliche Gratulation und alle guten Wünsche für Sie.

(Beifall)

Nun hat Kollegin Doris Barnett, SPD-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Doris Barnett (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! REACH ist mittlerweile ein „reach out“, ein Griff nach den Sternen am europäischen Richtlinienhimmel. Der Weg dahin ist mehr als beschwerlich gewesen. (D)

Lassen Sie mich rekapitulieren: REACH ist ein sehr ehrgeiziges Programm, das in einer Richtlinie über 40 verschiedene bestehende Vorschriften ersetzt und gleichzeitig wichtige Ziele für eine europäische Chemikalienpolitik verfolgt. Es geht um den Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt, den Erhalt bzw. die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Chemieunternehmen, die Verhinderung der Aufsplitterung des gemeinsamen Binnenmarktes, die verbesserte Information über Chemikalien, die Integration der EU-Politik in internationale Programme, die Einhaltung bzw. Übereinstimmung mit WTO-Regelungen, die Förderung von Prüfmethoden ohne Tierversuche und nicht zuletzt um die Substitution gefährlicher Stoffe durch ungefährlichere. Es geht also praktisch um die Quadratur des Kreises.

Seit 1999 arbeiten wir alle an dieser Richtlinie: unsere Kollegen vom Europäischen Parlament, die Kommission, der Ministerrat und auch wir. Selbst die Landesparlamente haben sich damit intensiv befasst und sogar im Rahmen eines Planspieles die Auswirkungen der seinerzeitigen Regelungen auf Mensch und Wirtschaft durchgerechnet, also eine Gesetzesfolgenabschätzung gemacht und damit auch Veränderungen auf den Weg gebracht.

Schließlich kommt der **chemischen Industrie** in Europa und natürlich auch in Deutschland große ökonomische Bedeutung zu. Über 34 000 Unternehmen mit über

Doris Barnett

- (A) 1,7 Millionen direkt Beschäftigten gehören zur Chemieindustrie. Wie wir aus Veröffentlichungen wissen, ist dieser Wirtschaftszweig nach wie vor bestens aufgestellt, hochinnovativ und produktiv. Diese Branche gibt auch etwas zurück: Entgegen dem Trend hat sie ihr Ausbildungsplatzangebot um über 2,5 Prozent gesteigert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

15 Prozent der Wertschöpfung in unserem Land kommen aus der Chemieindustrie.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aus diesem Grund liegt uns allen die europäische Chemiepolitik am Herzen. Ich gebe zu: mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen.

Nach all den vielen Konsultationen, Verhandlungen und Abstimmungen konnte vor drei Tagen im Ministerrat eine Einigung über die Chemikalienverordnung REACH erzielt werden, auch wenn keine Seite ihre gewünschten Lösungen im Detail erreicht hat. Deshalb kann von einem Kniefall kaum die Rede sein. Mit der jetzt vorliegenden Entscheidung ist es weitestgehend gelungen, ökonomische, ökologische und soziale Belange ausgewogen zusammenzubringen, und zwar – das stelle man sich vor – unter 25 Mitgliedstaaten.

Der Ministerrat – damit auch unser Minister – konnte sich dabei auf einen Verordnungsvorschlag des Parlaments stützen und übernahm zum großen Teil die Vorlage, zum Beispiel beim Registrierungsverfahren. Hier wird bei **Altstoffen**, also denen, die vor 1981 in Verkehr gebracht wurden, in Mengen von ein bis zehn Jahrestonnen regelmäßig nur ein Grunddatensatz gefordert, der aber je nach Gefährdungspotenzial durch zusätzliche Tests ausgeweitet werden kann. Für Neustoffe erfolgt die Registrierung aber strikt nach dem Mengenansatz.

(B)

Beim **Zulassungsverfahren** hat sich der Rat darauf geeinigt, bürokratische Hürden zu verringern. Deshalb soll jetzt die Zulassung grundsätzlich unbefristet erfolgen, statt, wie vom Europäischen Parlament vorgesehen, nach fünf Jahren auszulaufen. Eine derartige Einschränkung hätte den Unternehmen wenig Rechtssicherheit gebracht und Innovationen nicht unbedingt befördert, weshalb auch unsere SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament über diese Fristenlösung nicht besonders glücklich waren.

Auch wenn die Frist jetzt wohl vom Tisch ist, kann die Agentur von Fall zu Fall periodische Überprüfungen vornehmen. Man wird sehen, ob die Aufgabe des Zwangs zur Substitution – ob sie nun wirklich eine Verbesserung gebracht hätte, steht dahin – tatsächlich zu der befürchteten Konsequenz führt, dass damit der Anreiz für Alternativprodukte entfällt. Ich bin überzeugt, dass ein eingespielter Markt zu ständigen Verbesserungen bzw. Alternativen drängen wird.

Der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen konnte im Sinne der Industrie erheblich verbessert werden. Das ist von großer Bedeutung, weil unsere Industrie kein Interesse daran haben kann, aufgrund der weitreichenden Offenlegungspflichten außereuropäische Wettbewerber zu begünstigen, was uns als Verbraucher aber

auch keinen Vorteil gebracht hätte. Für die Stoffe, die in der Forschung und Entwicklung, aber noch nicht auf dem Markt sind, wird die Meldepflicht erheblich vereinfacht, damit Forschungsprogramme nicht gefährdet werden. (C)

Im Zusammenhang mit der Datenerstellung soll das Prinzip „one substance, one registration“ verpflichtend bestehen bleiben, aber ein „opt out“ möglich sein, wenn zum Beispiel Informationen vertraulich sind oder ein Mitbewerber früher als der andere registrieren will.

Zusammenfassend kann ich feststellen, dass sich der lange Diskussionsprozess um diese Chemikalienrichtlinie gelohnt hat. Ganz abgeschlossen ist er allerdings noch nicht; denn es stehen noch die weiteren Beratungen im Plenum und im Ministerrat aus. Allerdings wird es wohl keine großen Änderungen mehr geben.

Aber eines stellt mich immer noch nicht zufrieden: Während Produkte, die in Europa gefertigt werden und Chemikalien beinhalten – vom Nagellack bis zum Auto, vom Kunststofffenster bis zum Spielzeug –, dieser Richtlinie unterliegen, gibt es keine Regelung für Fertigprodukte aus dem nichteuropäischen Ausland. Eigentlich müsste REACH aber auch bis dorthin reichen. Das kann man sich vielleicht zu Weihnachten und zum Jahreswechsel wünschen.

Ich wünsche Ihnen einen guten Jahreswechsel.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Thierse:

(D)

Ich erteile nun als letztem Redner dem Kollegen Andreas Jung, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Andreas Jung (Konstanz) (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte eine kurze Bemerkung voranstellen. Ich finde es wichtig, dass nach jahrelangen Diskussionen REACH jetzt so schnell wie möglich umgesetzt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Denn ich glaube, dass damit das Wissen über die verwendeten Stoffe erhöht wird; dies bedeutet eine Verbesserung für Umwelt und Gesundheit und damit für die Verbraucher.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Weil ich mich auch heute wieder darüber geärgert habe, dass vonseiten der Grünen immer wieder so getan wird, als hätten sie den Umweltschutz gepachtet, möchte ich darauf hinweisen, dass das Thema auch für uns wichtig ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich will Ihnen in diesem Zusammenhang von einer Begegnung berichten, die ich vor zwei Wochen hatte. Ein Biobauer vom Bodensee kam zu mir und berichtete, er habe gerade ein längeres Gespräch mit einem Auszu-

Andreas Jung (Konstanz)

- (A) bildenden geführt, der ihm gesagt habe, er wolle zu den Grünen gehen. Darauf hat der Biobauer erwidert: Du darfst zwar ein grünes Herz haben und etwas für Umwelt- und Naturschutz übrig haben, aber du musst in einer gescheiterten Partei sein. – Es wird Sie nicht überraschen, dass er damit unsere Partei gemeint hat.

(Beifall bei der CDU/CSU – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns ist Umweltschutz genauso wichtig wie für andere. Die große Koalition will, kann und wird eine gute Umweltpolitik gestalten.

Ich begrüße REACH auch aus einem weiteren Grund. Derzeit gibt es 40 Richtlinien, die den Bereich der Chemikalienpolitik regeln. Wenn man es richtig macht, dann bietet REACH die Möglichkeit, das zu erreichen, was die Union immer wieder gefordert hat, nämlich die Vereinfachung von Gesetzen und den Abbau von Bürokratie.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn es darum geht, den gefundenen Kompromiss zu bewerten, dann meine ich, dass er uns voranbringen wird. Er bringt uns voran, weil auf der einen Seite die Ziele – die Verbesserung des Umweltschutzes, des Verbraucherschutzes und der Gesundheit – erreicht werden und auf der anderen Seite die Rahmenbedingungen für diejenigen, die mit diesen Regelungen arbeiten müssen – ich meine die Unternehmen –, verbessert werden.

- (B) Ich möchte einen Punkt aufgreifen, der schon mehrfach genannt wurde, nämlich den Wegfall der Befristung für Zulassungen. Ich glaube, dass dies ein wichtiger Schritt ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich meine zwar, dass uns der Kompromiss voranbringt, aber ich möchte in diesem Zusammenhang einen Punkt ansprechen, in dem meines Erachtens noch weiter verhandelt werden muss: die Zulassung von Stoffen für Testverfahren im Bereich einer Jahresproduktion zwischen 10 und 100 Tonnen. In diesem Punkt sind noch Änderungen notwendig, weil die vorgesehenen Regelungen die kleinen und mittelständischen Unternehmen besonders treffen, da deren Umsetzung mit erheblichen Kosten verbunden ist.

Ich meine, wir sollten etwas lassen, das in der Vergangenheit immer wieder vorgekommen ist. Durch gesetzliche Regelungen wurden Normen geschaffen, die große Unternehmen – wenn auch nicht gerne – erfüllen und verkraften konnten, mit denen sich aber kleine und mittlere Unternehmen sehr viel schwerer taten, weil sie

- durch diese sehr schwer belastet wurden und manchmal sogar überfordert waren. Hier muss es Änderungen geben, die gerade für die kleinen und mittleren Unternehmen zielführend sind. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir sind auf einem guten Weg. Es muss allerdings noch verhandelt werden, um weitere Fortschritte zu erreichen. Verschwinden sollen mit REACH die Stoffe, die gesundheitsgefährdend sind, nicht aber Unternehmen, insbesondere nicht die kleinen und mittleren. Denn diese brauchen wir für all das, was wir uns in diesem Land vorgenommen haben: mehr Innovationen, Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Gestatten Sie mir am Schluss eine persönliche Bemerkung. Die Letzte wird die Erste sein. So ähnlich steht es in der Bibel. Ich komme aus dem Wahlkreis Konstanz. Zu Beginn dieses Jahres glaubte ich wie jeder andere, dass unser Bundestagsabgeordneter Hans-Peter Repnik noch über ein Jahr sein Mandat ausüben würde. Ich hätte nicht gedacht, dass die letzte Rede, die in diesem Jahr im Deutschen Bundestag gehalten wird, meine erste sein würde. Ich habe mich gefreut, dass ich heute hier sprechen konnte.

Ich freue mich auf die gemeinsame Arbeit und wünsche Ihnen allen ein gesegnetes Weihnachtsfest.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall im ganzen Hause)

(D)

Vizepräsident Wolfgang Thierse:

Lieber Kollege Jung, meinen herzlichen Glückwunsch zu Ihrer ersten Bundestagsrede. Alles Gute für Ihre Arbeit!

(Beifall)

Die Aktuelle Stunde ist beendet.